Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 2. Sonntag, den 8. Januar. 1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! **Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.**

Die Redaktion.

Der Lehrvertragsunfug in der Zigarrenindustrie.

In den ärmsten Distrikten des Reiches macht sich die Ausbeutung jugendlicher Arbeiter durch Tabakindustrielle in der unerhörtesten Weise breit. Es genügt diesen Ausbeutern nicht an dem Profit, den sie aus den an Erwachsene gezahlten Hungerlöhnen ziehen, sie schämen sich nicht, außerdem jugendliche Personen geradezu umsonst für sich arbeiten zu lassen, indem sie diese in ein Lehrlingsverhältnis pressen, das zu der Entwicklung der Zigarrenindustrie in gar keinem Verhältnis steht und künstlich in diese Industrie hineingepflanzt ist, nur um der Profitmacherei willen.

Gewiß will jede Arbeit erlernt sein. Es kommt aber bei der Erlernung darauf an, ob die Qualität der Arbeit Schwierigkeiten für ihre Erlernung bietet, die ein langfristiges Lehrverhältnis rechtfertigt. Daher sind in der Regel auch die Lehrverträge für einzelne Berufe in ihrer Zeitbestimmung verschieden. Dabei tritt jedoch oft die Tatsache hervor, daß Lehrlinge im gleichen Beruf, ja in derselben Werkstatt eines Meisters in bezug auf die Lehrzeit verschieden gehalten werden — der eine, dessen Eltern hohes Lehrgeld zahlen können, wird mit drei oder weniger Jahren entlassen, der andere, dessen Eltern ihrer Armut wegen kein Lehrgeld zahlen können, muß vier Jahre lernen. Und oft kommt es vor, daß der arme Lehrling früher das Gewerbe erlernt hat, als der, welcher ein Jahr früher entlassen wird; der arme bringt also dem „Lehrherrn" doppelten und dreifachen Nutzen — ers Armut.

So ist es auch in der Zigarrenindustrie. Die ärmsten Leute werden zur unentgeltlichen Arbeit für die Unternehmer gepreßt. Schon längst erregt es die Entrüstung der tüchtigsten, gewandtesten und verständnisvollsten Zigarrenmacher, daß Unternehmer in so schamloser Weise jugendliche Arbeiter durch blutsaugerische Lehrverträge jahrelang in ihren Dienst pressen, obgleich zur Erlernung der Zigarrenmacherei eine verhältnismäßig kurze Zeit erforderlich ist. Wer das Zigarrenmachen in kurzer Zeit nicht lernt, der lernt es überhaupt nicht. Für die Anfertigung feiner Qualitätszigarren werden natürlich nur die besten Arbeiter ausgesucht, die dann die dazu erforderliche Fabrikationsmethode, die in fast allen Fabriken, wo teure Zigarren gemacht werden, verschieden ist, eben aufs neue erlernen müssen.

In Hamburg, Bremen und andern Hauptorten der Zigarrenindustrie werden denn auch jugendliche Personen, die das Zigarrenmachen erlernen, nicht so ausgebeutet, wie in den Orten, wo die Massenfabrikation mittlerer oder geringer Zigarrensorten betrieben wird. Und gerade für diese geringeren Sorten ist eine geringere Fertigkeit, also auch eine kürzere Zeit für die Erlernung nötig. Aber gerade im letzteren Falle tritt die Ausbeutung durch langfristige Lehrverträge am unverschämtesten auf, wie wir schon oftmals nachzuweisen Gelegenheit hat . . . Heute verweisen wir nur auf die an anderer Stel. dieses Blattes abgedruckte Schilderung der Lehrverhältnisse in Dahme. Neben der Hausarbeit ist diese Lehrlingsausbeutung das schändlichste Mittel, die Arbeiterverhältnisse in der Zigarrenindustrie immer tiefer herabzudrücken.

Nun scheint man an einsichtigen Stellen endlich dieser Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte, überhaupt der Lehrlingsausbeuterei, einen Damm entgegensetzen zu wollen. An der Spitze unserer heutigen Nummer drucken wir eine Bekanntmachung der großherzoglich badischen Fabrikinspektion, welche die in vielen Zigarrenfabriken üblichen Lehrverträge nach § 126b der Gewerbeordnung für rechtsungültig erklärt. Indem wir auf den Wortlaut jener Bekanntmachung verweisen, können wir es uns heute ersparen, die gesetzlichen Bestimmungen zu erörtern und mit uns vorliegenden Lehrverträgen zu vergleichen.

Wichtiger erscheint es uns, darauf zu verweisen, daß langfristige Lehrverträge in der Zigarrenindustrie nur ein ausgemacht abgefeimtes Mittel sind, um billige Arbeitskräfte für die Unternehmer längere Zeit zu fesseln. Nach unserer Auffassung und Kenntnis der Verhältnisse in der Zigarrenindustrie, die wir aus persönlicher Erfahrung in doppelter Beziehung gewannen, nämlich als Zigarrenmacher und dann als Zigarrenfabrikant, ist es überhaupt ein Unfug, Lehrverträge in dieser Industrie einzuführen. Kein vernünftiger und humaner Fabrikant wird diesen Unfug treiben, der nur ein Ausfluß rücksichtslosester Profitmacherei ist. Die Gewerbeordnung gibt dem Unternehmer tausendfach Gelegenheit, sich gegen etwaige Schäden anzulernender Personen schützen zu können und es müssen schon geradezu geistig zurückgebliebene Menschen sein, die auch zu anderer Arbeit unfähig sind, die dem Unternehmer Material verwüsten würden, wenn sie nach nicht langer Zeit wirklich Zigarren machen lernten. Lernen sie es aber nicht, so sieht das der Unternehmer resp. der Meister sehr bald ein, und dann heißt es sowieso ade! Kurz, wenn man der Sache mit einiger Fachkenntnis auf den Grund sieht, muß man die Lehrverträge in der Zigarrenindustrie als überflüssig, besonders aber als ein raffiniertes Mittel zur Lohndrückerei bezeichnen. Deshalb begrüßen wir den Schritt der badischen Fabrikinspektion, der, wenn er auch nicht direkt zur Beseitigung des Unfugs führt, doch der Bewegung gegen die Lehrlingsausbeutung einen Anstoß gibt, der noch oftmals von uns gewürdigt werden wird.

Es ist wahrlich höchste Zeit, daß gerade in Süddeutschland etwas zum Schutze der Zigarrenarbeiter getan wird, denn die dort betriebene, zum Himmel schreiende Ausbeutung der Arbeiter in der Zigarrenindustrie ermöglicht nicht nur die Schmutzkonkurrenz, die mit süddeutschen Fabrikaten in unsrer Industrie betrieben wird, sie wirkt auch degenerierend auf das Volk. Und in letzter Linie hat der Staat nicht allein finanzielle Nachteile, weil, je niedriger die Löhne sind, nicht bloß die Steuerkraft des Landes leidet, vielmehr die ganze wirtschaftliche Lage des Staats herabgedrückt wird, dessen Bevölkerung zu einem großen Teile dieser rücksichtslosen Ausbeutung preisgegeben ist.

Unseren Genossen brauchen wir wohl kaum zu sagen, daß das ausbeuterische Unternehmertum, wütend über die Bekanntmachung der badischen Fabrikinspektion, diese mit allen Mitteln bekämpfen wird. Denn wer an der Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer rüttelt, ist mindestens ein verkappter Sozialdemokrat, wenn nicht noch schlimmeres. So fährt denn auch bereits die Süddeutsche Tabakzeitung über jene Bekanntmachung her, dabei ihre bekannte Fachkenntnis in glänzender Weise betätigend. Im Dienste des Unternehmertums können sich bekanntlich manche Leute nicht genug blamieren. Wir werden diese Unternehmerverteidigung und alles, was den Unfug des Lehrlingswesens in der Zigarrenindustrie betrifft, eingehend verfolgen und in weiteren Ausführungen gebührend würdigen. Für heute fordern wir unsere Kollegen und Genossen auf, sich in die Angelegenheit zu vertiefen und alles zu tun, was diese Frage mehr in Fluß bringt.

Deutschlands Arbeiterschutz-Gesetzgebung im Jahre 1904.

In ihrer ersten Nummer im Jahre 1904 hat die Soziale Praxis diejenigen Maßnahmen zum gesetzlichen Schutz der Arbeiter zusammengestellt, deren Durchführung nach der Meinung der bürgerlichen Sozialreformer endlich erfolgen müsse. Der Zehnstundentag werde seit Jahren gefordert, die amtlichen Erhebungen sprechen dafür — „warum kommt diese Verkürzung der Arbeitszeit nicht?" . . . „Sollen die beklagenswerten Zwistigkeiten zwischen Krankenkassen und Aerzteverbänden, unter denen alle Beteiligten leiden, weiter um sich greifen und tiefer fressen?" . . . „Und wie lange werden noch in manchen gesundheitsgefährlichen, mörderischen Gewerben Gesundheit, Kraft, Sittlichkeit vieler Männer, Frauen und Kinder untergraben und zerstört werden, weil kein Schutz, keine Regelung, keine Aufsicht vorhanden ist, um der Ausbeutung zu steuern?" . . . Entscheidend aber sei, „daß die Regierung den Arbeitern die Gleichberechtigung auch in der Selbsthilfe und der Interessenvertretung gewähren muß". . . . „Als Mindestmaß der Reformen, die auf diesem Gebiete unverzüglich ins Werk gesetzt werden müssen, erscheine: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Ausbau des Koalitionsrechts im Sinne der Ausdehnung auf weitere Arbeiterkreise, der Verhinderung einschränkender Auslegung durch Gericht und Verwaltung, sowie der Beseitigung der rechtlichen und tatsächlichen Ungleichheit der Unternehmer- und Arbeiterkoalitionen; Reichsgesetz, daß Berufsvereine in Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder den landesgesetzlichen Vorschriften über politische Vereine auch dann nicht unterliegen, wenn sie allgemeine Verhältnisse behandeln und Aenderungen in der Gesetzgebung und Verwaltung herbeiführen wollen; Errichtung von Arbeitskammern.

So damals die Forderungen der Sozialen Praxis, die sich jederzeit gegen die sozialdemokratische „Voreiligkeit" wendet und durch eine „maßvolle" Sozialpolitik die Sozialdemokratie unschädlich machen möchte. Aus diesem Grunde weist der Herausgeber des Blattes, Professor Dr. Francke, eingehend nach, daß die von ihm berührten Fragen schon längst spruchreif, und seine Forderungen sogar vom bürgerlichen Standpunkte aus „Gebote der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit" seien. Und der gute Mann blickte vertrauensvoll zu der Regierung empor in der Hoffnung, daß Graf v. Bülow seinen glorreichen Kampf gegen die Sozialdemokratie durch „die gerechte Anwendung der bestehenden Gesetze und vor allem durch die planvolle Fortführung der Sozialreform" krönen werde.

Es war am Schlusse des Jahres 1904 tatsächlich festzustellen, daß die Reichsgesetzgebung in dem letzten Jahre — abgesehen von den Kaufmannsgerichten — auf dem Gebiete der Sozialreform völlig versagt hat, daß demgemäß selbst von jenen, gewiß bescheidenen Forderungen der bürgerlichen Sozialreformer keine einzige erfüllt worden ist. Auch der Bundesrat hat sich im Interesse des gesetzlichen Arbeiterschutzes nicht gar zu sehr angestrengt. Er hat sich damit begnügt, die Wirksamkeit der Konfektionsarbeiterschutz-Verordnung auf einige weitere Werkstätten auszudehnen. Endlich ist auch von den Einzelregierungen wenig Gutes zu berichten. Die Zahl der Gewerbeaufsichts-Beamten ist in mehreren Staaten vermehrt worden. Weibliche Gewerbeaufsichts-Beamte sind endlich auch in Sachsen in Tätigkeit getreten. In Württemberg und Baden haben sich die Regierungen entschlossen, Aerzte als Gewerbeaufsichts-Beamte anzustellen. Das Ministerium des Innern in Württemberg hat 4 Lohnarbeiter unter die Beiräte der Zentralstelle für Gewerbe und Handel wählen lassen. Schließlich sei noch daran erinnert, daß in einigen Städten Arbeiter als Baukontrolleure angenommen worden sind.

Das ist alles, was anzuführen wäre. Es sind einige Zugeständnisse, die beweisen, daß der Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes doch nicht mehr ganz aufzuhalten ist. Als eine „planmäßige" Weiterführung der Sozialreform, wie sie selbst die bürgerlichen Sozialreformer als notwendig anerkannt haben, können die angeführten „Leistungen" ganz gewiß nicht gelten.

Und die „maßgebenden" Herren werden sich vermutlich auch gegen die Behauptung, sie seien auf eine solche Weiterführung der Sozialreform bedacht, eifrigst verwahren. Denn es fehlt nicht an Anzeichen dafür, daß gegenwärtig der Kurs in diesen Kreisen ganz besonders ungünstig für die Weiterführung der Sozialreform ist. Am bezeichnendsten ist die Tatsache, daß die schon jahrelang betriebenen Vorarbeiten für die Verkürzung des Maximalarbeitstags der Fabrikarbeiterinnen, für den Heimarbeiterschutz, für die Arbeitskammern, für die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht usw., deren Abschluß wiederholt als unmittelbar bevorstehend angekündigt war, gar nicht fertig werden. Dazu kommen die Versuche in Preußen und Sachsen, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in der Praxis immer mehr einzuschränken, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in ihren Krankenkassen illusorisch zu machen, die Freizügigkeit der Landarbeiter durch Maßnahmen, wie das geplante preußische Kontraktbruchs-Gesetz zu ver—bessern, und namentlich, die Kraft der Arbeiterbewegung durch „christliche und königstreue" Quertreibereien zu brechen.

Diese Anzeichen mögen diejenigen tragisch nehmen, die ihre Hoffnungen auf das Wohlwollen der Regierungen und ihrer Hintermänner setzen. Die klassenbewußten Arbeiter wissen, daß es in Wahrheit auf den guten oder den bösen Willen der „maßgebenden" Herren sehr wenig ankommt. Entscheidend für die Weiterführung der Sozialreform ist vielmehr die wirtschaftliche Entwicklung und die derselben folgende Erstarkung der Arbeiterbewegung.

In dieser Beziehung ist das zu Ende gehende Jahr ein sehr bedeutungsvolles. Das Großkapital hat sich mehr und mehr zusammengeballt, die Unternehmerringe haben sich weiter und weiter ausgedehnt und die ihnen noch fernstehenden Kreise unter ihren Einfluß gebracht. Die Scharfmacher haben fast das gesamte Unternehmertum gegen die Arbeiter zu mächtigen Zentralverbänden vereinigt.

Damit aber haben sie die Arbeiter nicht etwa entmutigt, sondern erst recht auf ihre Klassenorganisationen als ihren einzigen Schutz und ihre Wehr hingewiesen. Sowohl die gewerkschaftlichen als auch die politischen Organisationen weisen eine erfreuliche Erstarkung auf. Auch die Kämpfe zwischen den Arbeitern und ihren Ausbeutern sind nicht unbedeutender geworden. Im Gegenteil setzen die Arbeiter der rücksichtslosen Brutalität des vereinigten Unternehmertums einen um so tatkräftigeren Widerstand entgegen. Der Weberstreik in Crimmitschau ist vorbildlich geworden für die Erbitterung, mit welcher die wirtschaftlichen Kämpfe auf beiden Seiten geführt werden. Die kleinste Differenz kann sich jetzt auswachsen zu einem gewaltigen Kampf, der Hunderte, ja Tausende von Arbeitern in Mitleidenschaft zieht und viele Wochen lang wütet. Der Ausgang dieser Kämpfe gereicht den Unternehmern niemals zum Segen. Selbst dann, wenn, wie in Crimmitschau, die Arbeiter schließlich durch die Hungerpeitsche überwältigt werden, so ist dieser Triumph doch nur von kurzer Dauer. Die Arbeiter schließen sich doch wieder zusammen, und jetzt um so fester und nehmen den Kampf mit um so größerer Kraft und auf einem, für sie um so günstigeren Boden über kurz oder lang wieder auf. Von ganz besonderem Interesse war es in diesem Jahre, zu beobachten, wie sich hier di

Tarifverträge bewähren. Gar mancher hatte vordem gehofft oder gefürchtet, daß die Tarifverträge als Beruhigungsmittel wirken würden. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die Arbeiter immer mehr lernen, aus den Tarifverträgen für sich jeden erreichbaren Vorteil zu ziehen, ohne daß sie daran denken, auch nur im mindesten auf die Weiterführung des Klassenkampfes zu verzichten.

So ungenügend die sozialpolitischen Fortschritte, mit denen das Reich glänzen kann, sind, so wenig die bestehenden Arbeiterschutzgesetze den Forderungen der Arbeiter entsprechen: es geht doch vorwärts, vorwärts trotz alledem.

Rundschau.

Der preußische Parteitag nahm folgende Resolution zur **Bergarbeiterbewegung** an:

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Proletariats mit allem Nachdruck auf die Vorgänge in den Bergarbeiterbezirken des Ruhrreviers. Er protestiert aufs schärfste gegen die brutalen und arbeiterfeindlichen Maßregeln, unter denen die Bergarbeiterschaft zu leiden hat. Der Parteitag ersucht die Regierung, für schleunigste Abhilfe der Beschwerden der Bergarbeiter zu sorgen. Kommt es zum Streik, so fällt die Schuld ausschließlich auf die Behörden und das Unternehmertum zurück. Der Parteitag erklärt den Bergarbeitern seine vollste Sympathie und fordert die Gesamtarbeiterschaft auf, die Bergleute in einem eventuellen Kampfe mit allen Kräften moralisch und materiell zu unterstützen."

Zur Begründung der Resolution wurde ausgeführt: Die gegenwärtige Situation im Ruhrkohlenrevier ist ganz außerordentlich ernst, und wenn nicht alle Zeichen trügen, stehen wir schon in der nächsten Zeit vor ernsten Ereignissen. Sollten Regierung und Unternehmertum sich nicht noch zur rechten Zeit besinnen, so steht uns ein Riesenstreik bevor, an dem nicht Zehntausende, sondern Hunderttausende von Arbeitern beteiligt sind. Schon die allernächsten Wochen können uns diesen Riesenstreik bringen, und darum geht unser Appell nicht nur an die preußischen Genossen, sondern an das ganze deutsche Proletariat. Und deshalb ist es auch wichtig, daß die politische Vertretung des deutschen Proletariats in einer besonderen Resolution Stellung zu der Frage nimmt und dadurch den Genossen im Ruhrrevier den Rücken stärkt in dem schweren Kampfe der kommenden Tage.

Die Wucherpolitik des Kohlensyndikats hat sogar den Exhofprediger Stöcker zum Anhänger der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues gemacht. In Witten nahm eine von 1000 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Stöcker folgende Resolution an:

„Die heutige christlich-soziale Volksversammlung verurteilt aufs entschiedenste die rücksichtslose Politik des Kohlensyndikats, die sich besonders in der Stillegung der Zechen, Einlegung von Feierschichten, Reduzierung der Löhne und Schichtverlängerungen äußert. Sie erblickt darin eine große wirtschaftliche Gefahr für den Arbeiter- und Mittelstand und spricht die Erwartung aus, daß die königlich preußische Staatsregierung auf dem Wege der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues mit Entschiedenheit fortschreitet zum Wohle unserer heimischen Industrie und des gesamten Volkes."

Aus dem Lande der Sozialreform. Es wurde schon vor einiger Zeit gemeldet, daß ein Regierungsbeamter in Schlesien herumreise, um festzustellen, ob nicht in allzu willfähriger Weise Invalidenrenten bewilligt werden. In anderen Gegenden Deutschlands geht man schon „praktisch" vor, um die Kosten der hochberühmten deutschen Sozialreform herabzudrücken. Wie bürgerliche Blätter melden, sind im Kreise Worbis auf Grund der Gutachten des Kreisarztes mehr als hundert Invalidenrenten entzogen worden. Infolge der Rentenentziehung finden zahlreiche Berufungen an das Schiedsgericht in Erfurt statt, so daß der Vorsitzende des Schiedsgerichts sich veranlaßt sieht, in Worbis selbst mehrere Schiedsgerichtsverhandlungen anzusetzen. Dabei werden, der Nordhausener Zeitung zufolge, weil derselbe Arzt, auf dessen Gutachten hin die Versicherungsanstalt gehandelt hat, allein als Gutachter vom Schiedsgericht herangezogen wird, fast alle Berufungen abgewiesen, an einem Tage z. B. 19 von 20, an einem anderen 18 von 20.

Es ist töricht, anzunehmen, daß wegen der armseligen paar Pfennige Invalidenrente Leute völlige Erwerbsunfähigkeit simulieren. Da hat die deutsche Regierung in Paris und St. Louis mit großen Ziffern paradiert über den Segen der deutschen Sozialreform — und in Wirklichkeit ist es zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. In den Scharfmacherkreisen, die ein Halt in der Sozialgesetzgebung fordern, wird mit besonderer Vorliebe auf die Lasten hingewiesen, die durch die Invalidenversicherung dem Reiche entstehen. An der Hand von Zahlen wird den bürgerlichen, Arbeitgeber- und sonstigen Kreisen gruselig zu machen gesucht, um durch diese auf die Gesetzgebung einzuwirken. Im Voranschlag für 1906 wird eine Summe von 49589750 Mk. angegeben, die auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes für die in diesem Jahre zahlbaren Renten eingesetzt ist. Dieser Betrag ist immer noch weit geringer als der Betrag, welchen das Reich für den viel unproduktiveren Zweck der afrikanischen Kolonien und den damit in Zusammenhang stehenden Krieg ausgegeben hat und noch ferner ausgeben wird.

Aus den deutschen Geldsack-Republiken. Alle russischen Arbeiter, die beim Bahnbau in Lübeck beschäftigt waren, sind auf polizeiliche Anordnung hin entlassen worden, wie es heißt, damit sie gezwungen seien, in ihre Heimat zurückzukehren. Dieses Vorkommnis veranlaßte ein liberales Mitglied der Lübecker „Bürgerschaft" in einer Sitzung der Bürgerschaft zu der Frage, wer die polizeiliche Anordnung dieser Entlassung verursacht habe, der Senat oder der russische Konsul. Diese Anfrage blieb am Senatstische unbeantwortet!!! Der Senatskommissar forderte einen entsprechenden Beschluß der Bürgerschaft, ehe er Auskunft geben werde. Einen solchen Beschluß herbeizuführen, lehnte aber der Wortführer der Bürgerschaft für jene Sitzung ab! Und die „republikanischen" Konsuln ließen sich das gefallen!

Ein anderer, diesem ähnlicher Fall hat sich in Hamburg zugetragen. Dort machte man am Donnerstag in einer Maurerversammlung die Mitteilung, daß ein Kollege von der Polizei aus Hamburg ausgewiesen ist. Der Ausgewiesene, Heinrich Brandner, ein Oesterreicher, ist auch aus Sachsen ausgewiesen worden. In Hamburg betätigte er sich am politischen und gewerkschaftlichen Leben, vornehmlich aber im Bildungsverein, dessen Vorsitzender er war. Die Ausweisung stützt sich auf den § 23 — lästiger Ausländer — des Verwaltungsgesetzes, ist vom 24. Dezember datiert, aber erst am 28. Dezember zugestellt worden. Brandner sprach noch einige Worte an die Versammlung, worauf ein Versammlungsteilnehmer sprechen wollte. Der überwachende Beamte gab das nicht zu, er betrachtete dies als Kritik der Ausweisung.

Brandner hat sich nach der Schweiz begeben. Diese beiden Beispiele zeigen, wie das deutsche Bürgertum, wo es die Macht hat, genau nach dem Beispiele des preußischen Polizeistaates handelt.

Dem unnahbaren Unternehmertum ins Stammbuch. Im September v. J. ist, wie die Soziale Praxis berichtet, „mit bewundernswertem Erfolge" eine Einigung zwischen den organisierten Arbeitern und Angestellten der Neuyorker Hoch- und Untergrundbahn und der in Frage kommenden Gesellschaft zustande gekommen. Es handelte sich hierbei um Regelung bedeutsamer Anstellungs-, Lohn- und Arbeitsfragen, die bereits einen Charakter angenommen hatten, die, wenn sich die beiden Parteien nicht noch in letzter Stunde geeinigt hätten, zu einem weit um sich greifenden Streik oder einem Arbeitsausschluß hätten führen müssen. Nachdem die Einigung vollzogen, hielt der Präsident Belmont von der Eisenbahnkompanie eine Ansprache, in der er zum Schluß die bedeutsamen Worte sprach: „Mehr denn je bin ich von der Gesundung der Politik, wie sie die National Civic Federation treibt, überzeugt. Eigentlich sind wir im heutigen Zeitalter doch zu zivilisiert, als daß das Kapital noch länger sich wegern dürfte, mit organisierten Arbeitern zu unterhandeln." Der Präsident Mahon von der Amalgamated Association der Straßen- und Eisenbahner aber führte aus: Der große Wert dieser Konferenzen liegt darin, die Persönlichkeiten aus beiden Lagern Auge in Auge miteinander zu bringen, so daß sie ungeschminkt, wie es ihnen ums Herz ist, sich über Einzelheiten des Streitfalles miteinander aussprechen können. Das ist besser als ein diplomatischer Notenaustausch und das schriftliche Hin- und Herfordern, wobei sich jede Partei immer so unnachgiebig und machbewußt wie nur möglich stellt und jeder sich fürchtet, ein schriftliches Zugeständnis zu machen. Bei mündlicher Unterhandlung aber klärt sich der frostige Nebel sofort und beide beginnen den Weg zu finden, auf dem sie nebeneinander gehen können."

Eine neue Genossenschaft ist in Jena ins Leben getreten, und zwar die Produktivgenossenschaft der Schneider, Jena, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Verkauf von Herren- und Damengarderobe, Handel mit Kleidern und Kleiderstoffen, sowie allen Bedarfsartikeln des Schneidergewerbes auf gemeinschaftliche Rechnung. Die Haftsumme beträgt 25 (fünfundzwanzig) Mark. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile beträgt 1000. Die Anfänge der Genossenschaft führen auf den zu Anfang vorigen Jahres im Schneidergewerbe ausgebrochenen Kampf um den Arbeitsvertrag zurück. Die unterlegenen Ausgesperrten haben sich selbständig gemacht und ein eigenes Geschäft gegründet, das sich bisher einer zahlreichen Kundschaft zu erfreuen hatte und nun in einen genossenschaftlichen Betrieb umgewandelt wurde.

Maßregelung christlicher Arbeiter. In der Dynamitfabrik zu Förde (Kreis Olpe, Westfalen) hatten sich einige Arbeiter dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Diese Arbeiter klagten seitdem des öfteren, daß sie bei mehreren Beamten des Werkes ein Stein des Anstoßes geworden seien. In einigen der letzten Nummern des Organs der christlichen Metallarbeiter wurden lebhafte Beschwerden über die Mißstände auf der Dynamitfabrik geführt und es wurde insbesondere verlangt, man solle sich eines anderen Tones gegenüber den Arbeitern befleißigen. Die Fabrikleitung hat daraufhin nicht nur den organisierten Arbeiter, der sich im Verbandsorgan über den Ton beschwerte, kurzerhand entlassen, sondern auch sämtliche organisierten Arbeiter aufgefordert, entweder aus dem christlichen Metallarbeiterverbande innerhalb 36 Stunden auszutreten, oder die Fabrik zu verlassen. Die Kölnische Volkszeitung verlangt angesichts dieses Falles, die Gesetzgebung möge das den Arbeitern gewährleistete Koalitionsrecht wirksamer schützen. Nach den mit dem Zentrum bisher in Sachen Arbeiterschutz gemachten Erfahrungen ist es aber stark zu bezweifeln, daß die Mehrheit der Zentrumsabgeordneten für einen wirksamen Schutz des Koalitionsrechts eintritt.

Die Feinde des Tabaks sind vielleicht noch nicht so auf eine höhere Besteuerung des edlen Auslandskrautes versessen, wie die falschen Tabakfreunde. Zu den letzteren zählt bekanntlich Freiherr v. Heyl, der Inlands-Tabakbauer, der durch höhere Zölle auf ausländischen Tabak sein Inlandskraut verteuern und größeren Gewinn daraus schlagen möchte. Herr v. Heyl hat wieder eine seiner stereotypen Ausbeuterreden gehalten und dabei gesagt.

Die Sozialdemokratie sollte sich doch einmal die auffallende Beobachtung zur Notiz nehmen, das gerade die Republiken Frankreich, Schweiz und Nordamerika weit mehr indirekte Steuern, weit höhere Zölle haben, als das Deutsche Reich, ja sogar Monopole, wie z. B. auf Tabak und Branntwein, die es bei uns nicht gäbe.

Herr v. Heyl sollte, wenn er auf Amerika exemplifiziert, zuerst in Betracht ziehen, daß dort die Arbeiter entschieden höhere Löhne erhalten, als Herr v. Heyl sie zahlt. Und wenn tatsächlich die amerikanischen Arbeiter ihr Rauchmaterial teurer bezahlen müssen, als die deutschen Arbeiter, so sind sie eben infolge der höheren Löhne leichter dazu imstande und fühlen die indirekten Steuern lange nicht so schwer wie die Heylschen Arbeiter resp. die deutschen Arbeiter überhaupt, die durch die Heylsche Steuerwut noch mehr bedrückt werden sollen. Die Süddeutsche Tabakzeitung bemerkt zu den Auslassungen des edlen Freiherrn:

Wenn der Herr Abg. Heyl bei diesen Worten der Meinung war, mit dem Hinweis auf die Monopole in Republiken die Sozialdemokratie für das Tabakmonopol zu gewinnen, so übersieht er, daß den Sozialisten die Magenfrage näher geht, als eine politische Utopie. Die deutschen Sozialisten sind Gegner jeder Tabaksteueränderung, weil sie wissen, daß ein deutsches Tabakmonopol weit über 100 000 Arbeiter brotlos machen würde, die in andern Industrien die Löhne drücken würden und daß jede Tabaksteueränderung zum Monopol führen muß. Ueberdies hat die Eidgenossenschaft kein Monopol, auch keine höhere Tabaksteuer als wir, und die Vereinigten Staaten haben auch kein Tabakmonopol; sie haben freilich höhere Eingangszölle auf Decktabake, weil sie den größten und für ihre Zwecke besten Tabakbau haben. Unsre Tabake sind geringer als die Rippen vieler amerikanischer Tabake, so daß wir deren Stengel importieren müssen, um damit den Geschmack und Geruch der deutschen Schneidtabake zu verbessern. Decktabake produzieren wir überhaupt nicht, während die Union vorzügliche Decker erzeugt. Außerdem wurde in den Vereinigten Staaten die Banderollensteuer zu einer Zeit eingeführt, als fast keine Zigarren dort fabriziert wurden, während Deutschland 160 000 Zigarrenarbeiter beschäftigt.

Zur Aussperrung der Tabakarbeiter von Halberstadt.

Wir liegen nun volle 21 Wochen in der Aussperrung, da ist es gut, wenn wir uns ohne Vorurteile unsere Situation klar vor Augen führen. In unserer am letzten Freitag stattgefundenen Besprechung wurde denn auch beraten, wie wir uns im neuen Jahre weiter verhalten wollen. Aus der Mitte der Versammelten heraus wurde verlangt, uns unter keinen Umständen bedingungslos zu unterwerfen. Man ist gewillt, Halberstadt ohne weiteres zu verlassen, wenn uns die Zigarrenfabrikanten im neuen Jahre keine Zugeständnisse machen. Tatsächlich sind auch am 2. Januar schon mehrere Kollegen abgereist und die übrigen werden folgen.

Die Kollegen und Kolleginnen in Deutschland werden gebeten, uns wie bisher weiter tatkräftig zu unterstützen, der Sieg muß dann unser werden. Geldsendungen sind zu richten an Ludwig Striethorst, Bakenstr. 63, per Adr. Max Bollmann.

Quittung über eingegangene Gelder: W. Hilse, Torgau 5.90; Karl Steinecke, Kassel 5.—; Georg Pietsch, Muskau 4.75; H. Lübecke, Kölleda 4.—; Aug. Walger, Hausberge bei Minden (Westf.) 4.55; Arno Schmerbitz, Uetersen 3.80; Emil Lorenz, Rathenow 3.90; Hugo Patzek, Leipzig-Connewitz 2.50; W. Topp, Glückstadt 5.—; W. Heine, Hamburg 5.—; Aug. Vielhauer, Mainz 5.—; W. Brümmer, Lübtheen 6.—; Ernst Schmidt, Schweidnitz 7.—; Herm. Malenz, Nauen 7.50; H. Kooß, Lübeck 8.45; W. Holtz, Neuhaus a. Elbe 8.10; H. Töllner, Rostock 8.15; Richard Hoffmann, Leipzig-Neustadt 10.—; Richard Uhlig, von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie, Dresden 100.—; P. Plaßmann, Minden (Westf.) 50.—; W. Gorges, Hamburg-Eimsbüttel 50.—; Till Schütten, Orsoy 18.20; Gerhard Beldmann, Emmerich 4.80; Robert Schmidt, Schwedt a. Oder 23.—; Chr. Runkel, Frankenberg i. S. 20.—; Ernst Platzek, Nordhausen 25.—; Bruno Gans, Eilenburg 15.—; W. Wente, Osnabrück 14.50; Fr. Diekhoff, Oerlinghausen 14.35; Robert Grossert, Breslau, von den Sortierern 10.—; G. Wissel, Altenburg 10.—; Otto Dölling, Grimma i. S. 10.—; Ph. Schucke, Einbeck 10.—; Max Jensch, Schwiebus 10.05; durch Emil Bendlein: gesammelt 90 Pfg. beim Glase Bier und 11.75 = 12.65; Herm. Weiß, Chemnitz 11.50; H. Werner, Bischofswerda 11.14; Otto Betzin, Zehdenick 9.50; Paul Weigmann, Frankfurt a. Oder 7.80; Richard Richter, Woltersdorf bei Erkner 8.75; F. Salzwedel, Wernigerode 30.—; Clemens Böhner, Freiberg i. S. 25.—; A. Streiber, Altenburg 9.55; Osw. Seibt, Görlitz 11.20; F. Jernetzki, Meißen 5.—; G. Zimmermann, Pasewalk 7.90; Tabakarbeiter-Zahlstelle Schmölln 11.90; Fr. Saupe, Pölzig (S.-A.) 6.—; Karl Busch, Leipzig 6.—; von den Sortierern in Posen, durch A. Okowidk 6.05; auf einer roten Hochzeit gesammelt in Sulza a. H. 2.65; Emil Bendlin, Halle 2.20.

Es sind von vielen Orten Zigarren an uns eingegangen, wir sagen hierdurch unsern besten Dank dafür.

Eine Elendsstatistik.

Das badische Statistische Landesamt hat eine Arbeit veröffentlicht über die Zahl der Gestorbenen, die Todesursachen 2c.; diese Veröffentlichung stellt sich bei näherer Betrachtung als eine Elendsstatistik ganz eigener Art dar. Es wird mitgeteilt, wieviele der Gestorbenen sich in ärztlicher Behandlung befunden haben und wieviele gestorben sind, ohne daß ärztliche Kunst versuchen konnte, sie zu retten. Schon diese Verhältniszahlen sind sehr ungünstig; rund 27 Proz. oder 10 294 von 38 147 Gestorbenen befanden sich nicht in ärztlicher Behandlung. Früher lagen die Dinge noch schlimmer, im Jahre 1852, in dem zum ersten Male eine solche Statistik gemacht wurde, befanden sich 52,6 Proz. der Gestorbenen nicht in ärztlicher Behandlung.

Mit der steigenden Zahl der Aerzte, mit der wachsenden Kultivierung der Bevölkerung und den damit steigenden Bedürfnissen wird es auch hier besser und die obligatorischen Krankenkassen für die Arbeiter haben ganz sicher das meiste dazu beigetragen, daß Besserung eintrat. Wenn trotzdem noch 10000 Kranke in den Tod gehen, ohne daß ein Arzt versuchte, ihnen Hilfe zu bringen, so entfallen diese 10000 sicher ausschließlich auf die Angehörigen des Proletariats, für die keine Kasse den Arzt stellt, und so weit reichen die Mittel der Arbeiter häufig nicht, daß er die nicht geringen ärztlichen Kosten aus eigner Tasche zu tragen vermöchte. Geradezu verwüstend wirken diese Tatsachen auf das Leben der Säuglinge. Von den im Alter unter einem Jahre Gestorbenen waren in dem Jahrzehnt 1893/1902 nur 49,5 % in ärztlicher Behandlung. Im Berichtsjahre liegen die Dinge ein wenig besser, aber von 12800 verstorbenen Säuglingen sind noch immer 6000, bei deren Erkrankung kein Arzt zu Hilfe geholt wurde oder vielmehr geholt werden konnte! Denn was da der Schreiber der amtlichen Glossen zu dieser Statistik sagt, daß „vielfach noch die üble Gewohnheit herrsche, die Wiedergenesung erkrankter Säuglinge von der Betätigung der Natur zu erwarten", ist einfach Unsinn, die Eltern dieser kranken Säuglinge haben lediglich die „üble Gewohnheit", mittellos zu sein, und so müssen sie ihr Kleinod dahinsterben lassen, ohne ihm die sehnlichst erwünschte ärztliche Hilfe verschaffen zu können. Das gilt insbesondere vom Lande, wo es keine Polikliniken und Kinderkrankenhäuser gibt, die in den Städten wenigstens einigermaßen Ersatz bieten. Nicht selten allerdings auf Kosten der politischen Rechte der Arbeiter, denen man solche öffentliche ärztliche Hilfe als „Armenunterstützung" anrechnet. So zeigt sich selbst auf diesem Gebiete das Elend der besitzlosen Klasse und zugleich die Dringlichkeit der sozialdemokratischen Forderung: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung.

Christentum und Sozialismus.

Zwei reformierte Geistliche in der Stadt Zürich, wovon der eine, Kutter, auf konservativer, und der andere, Pflüger, auf sozialdemokratischer Seite steht, haben Schriften* veröffentlicht, in denen sie die Kirche und das Proletariat bezw. die Kirche und die Sozialdemokratie einander gegenüberstellen und in überzeugender Weise nachweisen, wie das offizielle Christentum entartet, völlig mammonisiert, konservativ und reaktionär ist, der Feind der Wissenschaft und des Fortschritts; daß es sich durch diese Einseitigkeit und Rückständigkeit die großen Massen des Volkes entfremdet und weiter bewirkt hat, daß heute der wahre, ursprüngliche Geist des Christentums in der Sozialdemokratie seine Wiedergeburt, seine Auferstehung feiert.

Die dem stofflichen wie geistigen Gehalt nach größere und bedeutendere Schrift ist die Kutters, die eine mit scharfer Konsequenz durchgeführte Auseinandersetzung zwischen

* Kirche und Proletariat. Vortrag an der schweizerischen reformierten Predigerversammlung in Chur 1897. Von Paul Pflüger. — Sie müssen. Ein offenes Wort an die christliche Gesellschaft. Von Hermann Kutter. Zürich 1904.

Christentum und Sozialismus ist. Kutter ist ein wahrer Priester, ein ernsthafter, ehrlicher und mutiger Verteidiger des christlichen Evangeliums, welche Eigenschaften ihm auch seine Kritiker nicht bestreiten konnten. Aber gerade darum ist er den Maulchristen, den reichen Sündern und Pharisäern, für die die Religion ein Deckmantel, ein Herrschaftsinstrument ist, verhaßt und sie suchten ihn, als bald nach der Veröffentlichung seiner Schrift die Pfarrerwahlen stattfanden, aus seiner Kirchengemeinde zu verdrängen, ihm das Pfarramt zu entreißen und so den unbequem gewordenen Pfarrer in der gleichen gemeinen und gewissenlosen Art zu maßregeln, wie sie dies mit jedem ihnen mißliebig gewordenen Arbeiter tun. Nur das energische Eingreifen der Sozialdemokraten bewahrte die Kirchgemeinde Neumünster in Zürich vor der Schmach der Maßreglung des Pfarrers wegen seines wahrhaft idealen Freimuts.

Kutter ist ein durch und durch gläubiger und begeisterter Christ, und so wirft er die Frage auf: Wer hat Gott, was ist gottlos? Und er antwortet: Gott ist ein lebendiger Besitz, nicht ein toter Glaube. Wir können an Gott glauben und ihn nicht besitzen; wir können ihn leugnen und doch von ihm erfüllt sein. Gottesleugnung und Gottlosigkeit ist nicht dasselbe. Die christliche Gesellschaft bekennt Gott, aber sie hat ihn nicht, sie hat ihn „unter Dogmen, Gebräuchen, Kirchen und Sektenlehren begraben". Gott und Christus sind kein inneres Erlebnis für unsre christliche Gesellschaft mehr. Die „zierliche, zwerghafte Christlichkeit" versteht die großen Wahrheiten nicht mehr, weil sie Gott nicht hat. Wenn diese Christlichkeit gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf der Gottlosigkeit erhebt, so ist dies nur ein Zeugnis ihrer eignen Gottlosigkeit. „Sie verwechselt . . . Religion mit Gott, Ansicht, Glauben, Standpunkt mit Geist und Leben." Die christliche Gesellschaft, die den Glauben an Gott, das Bekenntnis zu ihm, als das Ausschlaggebende betrachtet, „redet vom Worte Gottes, um das Göttliche zu verfälschen". Dieses Göttliche ist in der Sozialdemokratie. „Seinen wahren Dienst erblickt Gott in der Ueberwindung des Argen und in der Liebe zum Geringen." „An Jesum glauben, heißt flammen fürs Recht und gegen das Unrecht . . . Es heißt nicht anders können, als zeugen und schreien gegen die Schlechtigkeit." Was aber tut die Kirche? „Sie ist vom Geiste des Mammons beherrscht," sie bringt es fertig, „die Armen auf das Jenseits zu vertrösten und zugleich sie zu peinigen"; sie redet in „niedriger Heuchelei" von der Nebensächlichkeit der materiellen Güter, aber sie sammelt selbst eifrig jene Schätze, welche die Motten und der Rost fressen, sie hat sich die bequeme Theorie zurechtgelegt, daß das Christentum nichts mit dem leiblichen Wohlbefinden zu tun habe, eine Lehre, „bequem für die Satten und Reichen"; sie wagt es nicht, Hand an die Wurzel des Uebels, an den „Mammon" zu legen, an die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse, ja sie ist eine Stütze des Kapitals, von dem sie dafür wieder unterstützt wird.

„Man sehe, wie sie (die Kirche) sich den Reichen und Mächtigen gegenüber benimmt, und vergleiche damit die Behandlung, die sie den Armen und Geringen angedeihen läßt, und sage dann, ob wir nicht recht haben. Die Reichen zahlen große Kirchensteuern, die Armen kleine oder keine. Deshalb beugen sich die Kirchenbehörden vor den Reichen und schätzen sie die Armen gering. Ich frage: Ist das nicht wahr, soweit heute Kirchen sich erheben? . . . Wer reich ist, wird von der Kirche hoch angesehen. Es werden ihm Aemter und Würden übertragen, mit deren Annahme er sie tief erfreut und ehrt — mag er im Leben noch so grausam mit den Arbeitern, noch so ungerecht mit den Untergebenen, noch so ungerecht im Geschäftsverkehr verfahren. Das Geld schützt und schirmt ihn." Nun stellt Kutter dieser bevorzugenden Behandlung der Reichen die Frage gegenüber: Was tut die Kirche für die Armen? Sie verbindet Wunden und lindert manche Not durch ihre Liebestätigkeit. Aber ist das genug? Was ist das für eine Liebe, die wohl Wunden zu verbinden, aber nicht zu verhüten versteht; was für eine Barmherzigkeit, die die Zweige des Giftbaumes beschneidet, aber sich nicht an seine Wurzel wagt? Was ist das für ein Glaube, der die grausigen Produktionsordnungen, die der Mammon geschaffen, für unantastbar erklärt und sich damit bescheidet, die Folgen dieser Ordnungen in ihrer Entsetzlichkeit zu mildern? Während wir über alle Entsetzlichkeiten, die er geschaffen, Tränen vergießen, zu Vereinen, Sitzungen und Versammlungen uns verbinden, während wir Reden gegen den Mammon halten, in denen wir die besitzenden Klassen auffordern, den berechtigten Forderungen der Besitzlosen entgegenzukommen, während wir tiefsinnige Systeme entwerfen, gutherzige Postulate aufstellen — sitzt der Mann an seiner blutigen Arbeit. Er spricht nicht: meine Herrschaft ist Theorie und Gedanke: nein, er sagt: die Materie ist mein! Wie kann man von einer Aufhebung seiner Herrschaft reden, ohne sie in einer radikalen Aenderung der Verhältnisse schauen zu wollen? Wer kann gegen ihn zu Felde ziehen, ohne die felsenfeste Gewißheit mit sich zu bringen, daß sein ganzes Königreich, die materiellen Zustände, der Besitz, ihm entrissen werden muß? Die heutigen Besitzverhältnisse sind aus dem Mammon geboren; nur die Mammonsdiener können mit ihnen zufrieden sein. Sie sind den Gesetzen der Habsucht, des Geizes, der Uebervorteilung, den schmutzigsten Trieben des Menschenherzens entsprungen. Sie müssen aufhören, wenn überhaupt der Kampf gegen den Mammon ein ernster sein soll."

Diesen ernsten Kampf führen die Sozialdemokraten. Sie tragen eine wunderbare Hoffnung im Herzen, sie singen und reden von einer Verbrüderung aller Menschen, von einem goldenen Zeitalter der Freiheit und Gleichheit. Man lächelt über sie — sie tragen es. Man schilt sie — sie bleiben unbeirrt. Man verspottet sie — sie erwarten nichts anderes. Sie wissen, daß die gegenwärtige Welt keinen Raum hat für sie; darum bereiten sie der zukünftigen die Stätte. Sie haben erkannt, daß der Gott dieser Welt, der Mammon, fallen muß. Sie schließen kein Bündnis mit ihm, sie machen keine vergeblichen Worte, sie rätseln und grübeln nicht, nein, sie sind entschieden, sie sprechen es aus, mag eine ganze Welt sie verlachen: der Mammon ist der Erzfeind der Menschen. Aber er kann nicht fallen vor bloßen guten Absichten, er fällt allein durch die Tat. Und wenn er fällt, dann gibt es neue Zustände. Ja, neue Zustände, nicht nur neue Herzen. Das ist ihr großes Müssen, welches sie für alle Unbill entschädigt, die eine erschrockene und immer mehr sich verblendende Gesellschaft auf sie häuft.

Müssen sie nicht sagen, daß die Unterschiede zwischen den Menschen aufzuhören haben? Stammen diese nicht aus der Herrschaft des Mammons?

Müssen sie nicht fordern, daß die Menschheit eine große Einheit bilde, wenn es der Mammon ist, der sie in tausend Splitter zerspaltet?

Müssen sie nicht verlangen, daß die Schranken der Nationen dahinfallen, da es doch eine zugestandene Wahrheit ist, daß Reichtum, Mammon, die Kraft der Nation ausmacht?

Müssen sie nicht weissagen von einem neuen Zeitalter, wenn die bisherigen lediglich ein Gebilde des Mammons sind?

Und müssen sie nicht als Schwärmer, Phantasten, Fanatiker verlacht und verachtet werden, wenn doch diese Verachtung nichts anderes ist als die Hochachtung, die ein morsches Geschlecht dem Mammon spendet?

Ist es nicht so, daß sie lauter „Unmöglichkeiten" postulieren müssen, so lange die „Möglichkeiten" und „Ausführbarkeiten" alle den Bückling vor der Bildsäule des Mammons bedeuten?

Unpraktisch, unüberlegt, unmöglich nennt man ihre Forderungen. Warum? — Weil man den Mammon nicht beleidigen mag.

Toren und Narren heißen sie — wohlan: töricht und närrisch ist auch das Göttliche von jeher auf der Welt gewesen. Man könnte ihnen keinen schöneren Ehrentitel ausstellen als den, welchen die göttliche Wahrheit trägt. Gott waltet in ihnen — und gerade im Namen Gottes bekämpfen sie die Kirche!

Und das prächtige Buch schließt: „Ja, es ist so: Gottes Verheißungen erfüllen sich in den Sozialdemokraten: Sie müssen."

Es ist hochinteressant, daß ein frommgläubiger Christ von seinem christlich-religiösen Standpunkt aus zu dem gleichen Schlusse kommt, wie der Atheist Marx vom entwicklungsgeschichtlichen, vom materialistischen Standpunkt aus.

Zur Beachtung für alle, welche an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schicke es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigne. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreib nicht „gestern" oder „heute", sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Quittung.

Von der Zahlstelle Jastrow für die streikenden Tabakarbeiter in Birnbaum allen Gebern besten Dank.

Birnbaum. Der 2. Bevollmächtigte.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Ohlenhorst**, Mozartstr. 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 8.
Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Oelmühle 21.

Eingegangen: Ottensen 200 Mk., Hamburg 150 Mk., Wittenberg 50 Mk., Eimsbüttel 250 Mk., Wolgast 60 Mk. — Sterbekasse: Wolgast 18 Mk.

Zuschüsse: Südlengern 25 Mk., Würzburg 50 Mk., Braunschweig 50 Mk., Deuben 75 Mk., Speier 40 Mk., Neckarhausen 100 Mk. — Krankengelder: 93.59 Mk.

Hamburg, den 2. Januar 1905. **P. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II. zu adressieren.

Bekanntmachung.

An die Bevollmächtigten.

Behufs einer geordneten Geschäftsführung und rechtzeitiger Fertigstellung des Jahresberichts ersuchen wir die Bevollmächtigten, die Abrechnung vom 4. Quartal 04 aufzustellen und, nach vollzogener Revision, einsenden zu wollen. Man achte dabei darauf: alle Ausgaben, die bis zum 31. 12. 04 gemacht wurden, dürfen nur in die Abrechnung vom 4. Quartal 04 gestellt werden.

Bei den Einnahmen ist besonders darauf zu achten, daß seitens der Mitglieder 14 Beiträge im 4. Quartal 04 geleistet werden müssen.

Alle jene Mitglieder, welche beim Vorstand ihre Beiträge noch entrichten, werden hiermit aufgefordert, ihre Beitragsreste bis 31. Dezember d. J. begleichen zu wollen, widrigenfalls das Statut in Anwendung gebracht werden muß.

Das Mitglied **Karl Preuß** aus **Stettin**, Ser. I, 820, zurzeit in Berlin, wurde nach § 15, Abs. a, gestrichen.

Das Mitglied **Albt. Hildebrand** aus **Erfurt** ersuchen wir hiermit, uns seinen jetzigen Aufenthaltsort mitteilen zu wollen.

Das Mitglied **Felix de Beve** aus **Lennem**, Ser. I, 23052, Bevollmächtigter in Bassum, reiste, ohne abgerechnet zu haben, von Bassum ab. Wir ersuchen die Kollegen, insbesondere die Bevollmächtigten, uns den Aufenthaltsort des Felix de Beve unverzüglich zu übermitteln.

Das auf den Namen **Anna Marie Ihle**, Ser. I, 22400, lautende Buch ist zu konfiszieren und an uns einzusenden. Der Ihle ist keine Unterstützung auszuzahlen.

Die Adresse des **Paul Gründer** aus **Dresden** ist uns möglichst umgehend einzusenden. Gründer hat in Schöneck i. V. Verbandsgelder unterschlagen und ist dieserhalb gestrichen.

Bremen. **Der Vorstand.**

Vom 28. Dezember 1904 bis 2. Januar 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

		ℳ ₰			ℳ ₰
27.	Dezember. Leisnig	100.—	31.	Stötteritz	50.—
27.	Burg b. Magdeburg	30.—	31.	Wolgast	100.—
27.	Pfungstadt	140.—	31.	Schwepnitz	100.—
27.	Hartha i. S.	100.—	31.	Johanngeorgenstadt	200.—
27.	Neustadt (Oberschl.)	80.—	31.	Döbeln	100.—
28.	Ottensen	400.—	31.	Lorsch, J. Glatz	4.95
30.	Burgdamm	200.—	31.	Hirschberg i. Schl., Ser. I, 12478	2.80
30.	Finsterwalde	300.—	31.	Magdeburg	200.—
30.	Hedemünden	46.—	2.	Januar. Hastedt	200.—
30.	Dessau	60.—			
30.	Neumünster	170.—			

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 2. Januar 1905. **W. Nieder-Welland**, Marktstraße 18, II. Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Soitzenburg:** H. Meyer als Kontrolleur.
Für **Klein-Wechsungen:** Karl Bönisch als 1. Bev., Otto Löffler als 2. Bev.; Fr. Bockelmann, Wilh. Gösel als Kontrolleure.
Für **Pegau:** Otto Raak, Rich. Fäder als Kontrolleure.
Für **Schöneck i. V.:** Artur Bernhardt als Vertrauensmann.

Provisorisch aufgenommen sind:

Anna Schmidt aus Rosenhein (Kr. Ohlau), Berta Malguth aus Zedlitz (Kr. Ohlau), Karoline Tannsinne aus Gusten (Kr. Ohlau), Berta Nitschke aus Tiergarten (Kr. Ohlau), Anna Seichter aus Türpitz (Kr. Strehlen), Anna Zigan aus Dremling (Kr. Ohlau), Susanne Tumalzeg aus Steindorf (Kr. Ohlau), Rosina Fiebig aus Bergel (Kr. Ohlau), Rosina Laske aus Deutsch-Steine (Kr. Ohlau), Marie Opolka aus Simmelwitz (Kr. Breslau), Johanne Gläser aus Poln.-Steine (Kr. Ohlau), Susanne Guse aus Zedlitz (Kr. Ohlau), Anna Lichteblau aus Langwitz (Kr. Brieg), Elisabeth Misterrek aus Ottag (Kr. Ohlau), Marta Freier, Margarete Grunschok, Anna Ernst, Martha Weuske, Agnes Kraft, Emma Hilker aus Ohlau. (248)

Gustav Sydow aus Freudenberg i. M., Paul Klemann aus Sladow (beide z. R.). (92)

Berta Kretzschmar, Susanna Saam, Barbara Saam, Anna Weiß aus Seckenheim. (329)

Eugen Friedr. Koch aus Wimpfen (z. R.), Robert Sölner aus Spechtsbrunn. (52)

Karl Thomalsky aus Falkenberg, Jos. Wagner aus Neiße, Jos. Hansel aus Wansen. (38)

Anna Specht aus Friedeberg, Christine Weiche aus Jakobsdorf, Emma Wende, Ida Jakubowsky, Anna Weihrauch aus Sprottau (z. R.). (303)

August Tiemann aus Werther i. Westf. (471)

G. Salomon aus Hamburg, E. Hinchsamer aus Kaiserslautern. (Vorstand.)

Anna Lichtenfeld aus Cöthen i. A. (35)

Erna P. S. E. Grevesmühl aus Wittenburg, Hedwig H. M. Orlanska aus Stralsund, Bertha M. S. D. Groth, Wilhelmine K. P. F. Haertel, Henni Eggers aus Lübeck. (190)

Luise Richter aus Dresden. (33)

Wilh. Mladek, Joh. Zevemba aus Rawitsch. (286)

Katharina Fischer aus Bernkastel. (200)

Heinr. Meyer aus Friedrichskrog. (24)

Jos. Zentner aus Zell-Weierbach, Jos. Zimmermann aus Stausen, Jos. Müller aus Gengenbach. (256)

Rob. Miguhl aus Schmögerle, Anna Miguhl aus Elstertrebnitz. (282)

Herm. Block aus Gossow. (142)

Josephine Dirks, Jos. Lohkemper aus Lippstadt, Willi Ossegge aus Haselünne (z. R.). (197)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. **Der Vorstand.**

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Lippstadt:** Bei Heinr. Kraus, Geiststr. 27. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 8—9 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen nur von 12—2 Uhr mittags. — Das Rufenlassen von den Fabriken ist untersagt.

Adressenänderung:

Für **Breslau:** Der 1. Bev. Joseph Jäschke wohnt jetzt Beuthener Str. 72, III.

Für **Schöneck i. V.:** Der Vertrauensmann Artur Bernhardt wohnt Falkesteiner Str. 43.

Für **Teuchern:** Der 1. Bev. Emil Bollmann wohnt jetzt Schützenstr. 5, I., und der 2. Bev. Franz Heim, Schützenstr. 21, pt.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euere Versammlungen zahlreich!)

In **Düsseldorf:** Sonntag, den 8. Januar, vorm. 10 Uhr, im Vereinslokal, Ratinger Str. 19. Die Kollegen wollen alle erscheinen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Heckenheim:** Sonntag, den 8. Januar, nachm. 2½ Uhr, im Zähringer Hof. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Pünktliches Erscheinen erwünscht.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Gilenburg:** Sonnabend, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Weißen Roß. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Erfurt:** Sonnabend, den 14. Januar, abends 8½ Uhr, im Tivoli. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Bericht der Vorortskommission und Neuwahl derselben. 4. Bericht vom Kartell und Neuwahl der Delegierten und Erhöhung der Entschädigung für dieselben. 5. Verschiedenes.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Köln:** Sonnabend, den 14. Januar, abends Punkt 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Severinstr. 199. Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes über das verflossene Jahr. 3. Abrechnung vom 4. Quartal. 4. Neuwahl a) des Vorstandes, b) des Agitationskomitees und c) des Kartelldelegierten. 5. Verschiedenes. — In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es unbedingt notwendig, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen. Auch Nichtmitglieder sind freundlichst eingeladen.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In Stendal: Sonnabend, den 14. Januar, abends 8½ Uhr,

im Lokale des Herrn Louis Molitz, Hallstraße 49. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verschiedenes.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Achim:** Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Die Entwicklung der Zahlstelle seit der letzten Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Bischofswerda:** Sonntag, den 15. Januar, nachmittags ½3 Uhr, im Gasthaus zur grünen Linde. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der dem Vorstand in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Verschiedenes.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Tannenberg:** Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der Arbeiter-Halle. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Neuwahl. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder werden gebeten, ihre Beiträge bis dahin zu entrichten. Das Erscheinen aller Mitglieder wird gewünscht.

J. A.: **Der Vertrauensmann.**

Gera (R. j. L.). Wegen der bevorstehenden Abrechnung werden die Mitglieder ersucht, ihre Beiträge zu begleichen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Quartal 14 Beitragswochen zu entrichten sind.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Karlsruhe. Umschauen ist strengstens verboten. Arbeitsuchende wollen sich in ihrem eigenen Interesse an den 1. oder 2. Bev. K. Durst, Winterstraße 30, wenden, da am Orte mehrere Arbeitslose sind.

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Leipzig. Den am Orte und nach hier steuernden Mitgliedern zur Kenntnis, daß vom 7. Januar 1905 ab unser Verkehrslokal nicht mehr Römischer Hof, sondern **Volkshaus** (früher Tivoli), Zeitzer Straße, ist. Daselbst wird auch jeden Sonnabend für die zur Zahlstelle gehörenden Mitglieder von ½9—10 Uhr Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt und Verbandsbeiträge entgegengenommen.

Kranken- und Arbeitslosen-Meldungen sind dem Unterzeichneten **nur** an unten angegebene Adresse binnen 24 Stunden zu melden, sonst finden dieselben laut Statut **keine** Berücksichtigung.

Für die reisenden Mitglieder befindet sich das Verkehrslokal und Herberge in Stadt Gotha, Große Fleischergasse. Daselbst erhalten dieselben auch ihre Arbeitslosenunterstützung.

Richard Hoffmann, Leipzig-Neustadt, Hedwigstr. 11, IV.

Brinkmeier & Co., Bremen.

Spez.: Sumatra-Decken.

Roh-Tabak Gelegenheitskauf.

Hochfeine Partie

Vorstenlanden-Decker

1 Vollblattlänge — Qualitätstabak

verzollt nur 160 Pfg. per Pfund.

Man verlange Preisliste Nr. 13 gratis u. franko.

Spez.: Sumatra-Decken.

In dieser Woche

und solange der Vorrat reicht, kommen zu außergewöhnlich billigen Preisen nachfolgende Tabake zum Versand:

Sämtliche Sorten sind tadellos in Brand und Geschmack!

Domingo ff., breitblattig und zart, **80** Pfg.
St. Felix-Brasil-Einlage, gesunde Ware, **70** und **80** Pfg.
„ „ „ **Decken,** sehr ergiebig u. schneeweiß im Brand, **150** Pfg.
Havanna, große reelle Einlage, leicht und wollig, **75** und **80** Pfg.
Seedleaf-Umbl. u. Einl. **75** Pfg., **feinstes Umblatt 90** Pfg.
Carmen-Umblatt 75, 80, 85, 90, 100 Pfg.
Sumatra-Umblatt, enorm vorteilhaft, **95** Pfg.

Außerdem empfehle noch **Sumatra-Decken** in allen Farben und Längen, von **110—350** Pfg.; **Java-** und **Vorstenland-Decken 140, 150, 180, 200** Pfg.; **Mexiko-Decken** 200 Pfg.; **Java-Umblatt 90, 85** Pfg.; **Losgut,** extrafeine Mischung **bester Original-Tabake, meist Umblatt, 75** Pfg.; **Wickelformen,** gerade Fassons, 20—50 Pfg.; **Zigarrenband, Halbseide,** pro Rolle 75 Pfg.

Preise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. **Neustadtswall 36.** Fernsprecher 3946.

Hans Wittig

Bremen 2. ✦ Bremen 2.

Empfehle zu **billigsten** Preisen:

Sumatra, Decker, 125, 140, 150, 160, 180, 200, 210, 225, 250, 260, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Java, Decker,** 130, 135, 140, 150, 160, 180 Pfg. — **Java, Umblatt,** 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt und Einlage,** 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker,** 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Decker,** 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage,** 85, 90, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt,** 85, 90, 100, 105 Pfg. — **Domingo, Umblatt,** 80, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt,** 85, 90, 100 Pfg. — **Losgut, gemischte Original-Tabake,** 75, 80, 85 Pfg.

Ferner empfehle **deutsche Tabake,** prima Ware.

Elsässer Rebut 80 und 85 Pfg.

Preise per ½ kg verzollt. — Versand unter Nachnahme.

Kredit nach Uebereinkunft.

!Roh-Tabake!

und **sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation** kauft man am **besten** und **billigsten** bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fasson stets am Lager.

Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

Feine Qualitäten. Tadellos in Brand.

Rohtabake

in grösster Auswahl zu äusserst billigen Preisen.

Albert Steen, Bremen

Filiale: Berlin N., Linienstr. 203/4, Ecke Rosentaler Str.

Bitte Preisliste zu verlangen.

Versand nur unter Nachnahme.

Sehr gut reell. Kulante Bedienung.

En gros. **Rohtabak** En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosse Auswahl! Billigste Preise!

Preisliste gratis und franko.

Berücksichtigen Sie

dies ausnahmsweise billige Angebot!

Sumatra-Losgut zu Deckblatt

nur feine weißbrennende Marken, gebe freibleibend das Pfund für **110** Pfg., netto 9 Pfd. frei geg. Nachn. für **10** Mk., überhaupt **Rohtabak billigst.**

J. G. EINERT

Braunschweig.

Wilh. Puchtler

Altona (Elbe), Paulstr. 14.

Rohtabake.

Wir empfehlen als besonders preiswert (Preise per Pfund verzollt):

Brasil, hervorragende Qualität, 1.00 bis 1.50 Mk.
Sumatra, tadelloser Brand, vorzüglich deckend, 1.10, 1.15, 1.60, 1.80—2.80 Mk.
Seedleaf, Ia. Qualität, 1.00, 1.20 Mk.
Yara-Cuba u. **Havanna** von 1.20—2.50 Mk.
Losgut (gesund) 0.80 Mk.

Versand nur unter Nachnahme. — Nichtgefallendes nehmen anstandslos zurück.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke 125, 135, 160, 200, 210, 240, 250, 275, 300, 350, 400, 500 ₰.
Sumatra-Umblatt 115, 125, 130 ₰.
Vorstenland-Decke 145, 175 ₰ schwarzgrau
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 ₰.
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 ₰.
Carmen, Domingo, Seedleaf 85, 95, 110 ₰.
Cuba 100, 300 ₰. — Havanna 80, 135 ₰.
Mexiko-Decke 185, 375, 450 ₰.
Pa. Losgut 80 ₰, Paraguay 85 ₰.
Inländische Tabake 65, 70, 75, 80 ₰.

Preise ausgewogen m. 3% Cassa-Sconto. Kredit nach Uebereinkunft.

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy

Berlin N., Brunnenstr. 183.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 185.

Gegründet 1879.

Spezial-Offerte:

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse sofort Muster:

Sumatra-Decke, 1te Lge., schwarz, schneeweißer Brand 400 ₰
do. ganz hell, reinfarbig . . 300 ₰
Uckermärker, beste Qualität, groß, sehr blattig . . 60, 65, 70 ₰

! Direkter Einkauf ! eigene Bearbeitung !

daher größte Leistungsfähigkeit!

Sämtl. Fabrikations-Utensilien.

Nachtrag z. Katalog neu erschienen.

Jeder Überzeuge sich davon.

Rohtabak!

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Straße 3a

empfiehlt

Sumatra

feine mittelbraune Farben, schneeweißer, geschlossener Brand, Deckkraft kaum 1½ Pfund

per Pfund nur Mk. 2.80.

Rohtabak.

Decke Nr. 5230

rötlich hell, reinfarbig

1. Länge Vollblatt

unter 1½ Pfd. deckend

à Mk. 2.00 verzollt.

Kredit nach Uebereinkunft.

Größtes Lager in Wickelformen.

W. Hermann Müller

Berlin O.

Magazinstrasse 14.

Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Dutzend Mk. **2.50** (30 Flaschen Mk. **7.—**, kostenfrei überallhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57. bei Waldenburg (Schlesien).**

Neue u. gebr. Wickelformen.

Carl Rother & Rode

Rohtabak-Handlung

Breslau I., Hummerei 26.

Spezialität: ff. Sumatras.

Grossartiges Lager sämtl. Tabake zur Zigarrenfabrikation.

Billigste Preise. — Streng solide Bedienung. — Bei Aufträgen von 20 Mark an 3% Sconto. — Versand an Unbekannte nur unter Nachnahme. — Umtausch gern gestattet.

Grus und Spitzen.

Extra-Angebot!

Ich offeriere

30 Ballen St. Felix-Brasil-Decke PFS

für 115 Pfg. per Pfund verzollt!

Es sind dies hochfeine Qualitätstabake, weißer Brand, gute Deckkraft, in jeder Beziehung tadellos. Ballenpreis 1.10 Mk. pro Pfd., Ballengewicht ca. 130 Pfd.

Versende von **9** Pfd. an unter Nachnahme.

H. SCHÜTT, Rohtabaklager

Gegründet 1875. **Wandsbek, Hamburger Str. 16.** Gegründet 1875.

Billigstes Roh-Tabak-Lager Hamburgs!

L. Adler, Vereinsstraße 34, Hamburg.

Helle Sumatra-Decken, Vollbl. I. L., Pfd. 3.30 * II. L. Mk. 2. — Sumatra, mittel, II. L. Vollbl. Pfd. 1.60 * II. L. Stückbl., sehr deckfähig, Pfd. 1.30. — Sumatra, dunkel, II. L. Vollbl. Pfd. 1.50, do. Umbl., leicht, 1.10, 1.15 * Brasil Umbl. u. Einl. 85, 90, 95 Pfg., rein Umbl. Mk. 1 * Umbl. u Decke 1.10, 1.20 * Decke Mk. 1.40. — Java Umbl. u. Einl. 85 Pfg., rein Umbl. 95, 100-120 Pfg. — Domingo ff. 95 Pfg. — Havanna Umbl. 1.60, 2.00, 2.50. — Losgut 75 Pfg. — Mexiko, sehr deckf., 1.85. — Vorstenl. Decke, hell, Pfd. 1.50.

* Sämtliche Preise verstehen sich verzollt! Bestellungen per Nachnahme. Ein Versuch genügt, um ständiger Kunde zu bleiben! Von 9 Pfd. an franko Haus!

Pfälzer Rohtabak

billig, flottbrennend u. ff. in Qual.

Ia. Umblatt	ℳ 64—68	versteuert
Ia. Umbl. m. Einl.	„ 62—66	
Ia. entrippte Einl.	„ 85 —	
geschn. Blatteinl.	„ 56 —	
Sumatra-Deck.	ℳ 1.40—3.35	

9 Pfd.-Proben unter Nachnahme.

Otto Steiner, Helmsheim

bei **Bruchsal, Baden.**

Rohtabak!!

Als **konkurrenzlosen Artikel** empfehlen wir durch **äußerst günstigen Einkauf**

Sumatra-Deckblatt

dritte Länge Vollblatt, ganz hell und reinfarbig, hochfein im Brand und Geschmack, per Pfund verzollt Mk. **2.50** und Mk. **2.80;** ferner

Mexiko-Decke

hochfeine Farben, äußerst deckfähig und gute Qualität, per Pfund verzollt Mk. **4.40** und Mk. **5.—.**

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen.

Rohtabak-Handlung

in- und ausländische

en gros en detail

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Jacob Hirsch jun.

Mannheim a/Rh., P 7, 1

Agentur u. Kommissionsgeschäft.

Billige Roh-Tabake!

Sumatra-Decke 110 bis 450 Pfg., in allen Längen und Farben. — **Java** 80 bis 325 Pfg. — **Brasil** 82 bis 215 Pfg. — **Domingo-, Carmen-, Seedleaf-Umblatt** 85 bis 125 Pfg. — **Losgut** aus nur überseeischen, kerngesunden Tabaken 75 Pfg., 80 Pfg. (Aufarbeiter) und 85 Pfg. (viel Brasil). — **Kentucky** (zum Spinnen und Schneiden) 80 bis 115 Pfg.

Preise verzollt per Pfd. unter Nachnahme.

Jedes, auch das kleinste Quantum, zu obigen Engros-Preisen.

Fr. W. Spanuth

Bremen, Westerstrasse 88/90.

Fernsprecher 1158. Fernsprecher 1158.

Unserm Kollegen **Wilh. Krämer** zu seinem am 1. Januar stattgefundenen Geburtstag ein donnerndes Hoch.

Die Kollegen der Zahlstelle Wittenberg.

Selten günstige

Rohtabak-Bezugsquelle

nur erstkl. Ware bill. Preise.

Vorstenl.-Decke, hell, selten feiner Tabak, Pfd. 2.40 ℳ, **Vorstenl.-Umblatt,** ausgeb. großes Blatt, Pfd. ℳ 1.13 u. 1.15, **Brasil,** leichte Hav.-Qual., Pfd. ℳ 0.90, **Schnitt-Einl.** bezw. **Abfall von Sum.-Java,** Pfd. ℳ 1.06. Bei 100 Pfd. Extra-Preise. 9 Pfd. zur Probe per Nachnahme.

O. Hartwig, Bocholt

an der holl. Grenze.

Soeben ist erschienen und kann durch die Expedition des **Tabakarbeiters,** Leipzig, Tauchaer Straße Nr. 19/21, bezogen werden:

Die Internationale.

Eine Denkschrift zur 40jährigen Gründung der internationalen Arbeiter-Assoziation

von

Gustav Jaeckh

Redakteur der Leipziger Volkszeitung.

Preis **1.50 Mk.**

(Porto extra 20 Pfg.)

Die Bevollmächtigten werden gebeten, uns sofort zu benachrichtigen, wenn irgendwo Arbeit vorhanden ist.

Halberstadt, 2. Januar 1905.

C. König, 1. Bev.

Meinem Freund u. Kollegen, **Andreas Wickertsheim,** zu seinem am 9. Januar stattfindenden 28. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.

Kornelius Liebler, Zeitz.

Verspätet.

Unserem Kollegen **Heinr. Sensmeyer** aus **Petershagen** zu seinem am 2. Januar stattgefundenen Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.

Kollegen u. Mitarbeiter in Petershagen a. W.

Todes-Anzeige.

Am 24. Dezember 1904 verstarb im Alter von 56 Jahren das Mitglied

Wilhelmine Altmann.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Zahlstelle Trebbin.

Briefkasten.

Vereins-Inserate müssen gestempelt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einsendung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

C. L., Halberstadt 60 Pfg. — **Koll., Wittenberg** 40 Pfg. — **K. L., Zeitz** 50 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 2. Sonntag den 8. Januar 1905.

Soll der Eisenbahner Politik treiben?

Diese Frage beantwortet der Weckruf, das Organ des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands, in folgenden Ausführungen, die auf die Arbeiter aller Berufe zutreffen.

Man kann diese Ausführungen in die kurze Formel bringen: Ohne Kapital keine — ökonomische und politische — Macht; ohne Arbeit kein Kapital; ohne das arbeitende Volk keine Arbeit — es ist also die Arbeiterklasse, die alles schafft und sich doch die Macht, die durch alles von ihr Geschaffene genährt wird, rauben läßt. Doch — geben wir dem Weckruf das Wort:

In allen Tonarten erklingt die Abwehr von der Politik, an allen Orten wird die politische Geschlechtslosigkeit gepfiffen und — unsere Eisenbahngewaltigen sagen sich: Die unpolitischen Eisenbahner sind die ungefährlichsten Leute von der Welt.

Die Lehre von der politischen Enthaltsamkeit stammt nicht von den Eisenbahnern selbst, sondern von ihren geschworenen Gegnern, deren Wunsch, sie von erfolgsichernden Mitteln abzulenken, wohl begreiflich ist. Aber die Eisenbahner, die für das Nichtpolitische schwärmen, sind in ihrer überwiegenden Anzahl brave Leute, kreuzbrave, allzubrave Leute; nur sind sie erfüllt von einer Dosis Naivität, welche das erlaubte Maß bei weitem überschreitet.

Politische Enthaltsamkeit können, abgesehen von den direkt daran Interessierten, nur diejenigen predigen, die sich vom Wesen der Politik noch keinen rechten Begriff angeschafft haben. Denn sonst müßten sie wissen, daß Oekonomie und Politik untrennbare Dinge sind, daß es, von der engumgrenzten Familienhaushaltung etwa abgesehen, keine unpolitische Wirtschaft und keine von der Wirtschaft losgelöste Politik gibt. Daher gibt es nichts absurderes, als wirtschaftliche Forderungen aufzustellen, aber die Politik dabei abzuschwächen.

Da lesen wir z. B. in einem Fachblatte wörtlich den Satz:

„Erst unser persönliches Wohl, das gesicherte Wohl unseres Frauen und Kinder — dann, aber erst dann, die Politik, Nationalismus und andere Nebendinge, für die man gerade Interesse hat als Privatmensch."

Wären diese Worte vor zwanzig Jahren niedergeschrieben worden, so könnte man sich darüber nicht wundern. Aber das Blatt trägt das Datum vom 1. Dezember und da ist man schon geneigt, die Hände über dem Kopfe zusammenzuschlagen. Da muß man über das Maß von Verständnislosigkeit für die Politik geradezu erschrecken.

Ja, werden viele einwenden, an der Organisation des Großkapitals scheitern die Wünsche des Eisenbahnervolkes, der stehen auch unsere Eisenbahngewaltigen machtlos gegenüber.

Was macht denn wohl die Organisation des Großkapitals aus und worin bestehen denn ihre Mittel?

Da wäre es nun endlich an der Zeit, daß alle aus dem Eisenbahnervolke die einfache Tatsache erkennen: Die Organisation des Kapitalismus ist der kapitalistische Staat und sein wichtigstes Mittel besteht in der feudal-kapitalistischen Politik. Ein gut entwickelter Säugling kann es begreifen, daß die Politik das Gebiet ist, auf welchem die Herrschenden ihre wirtschaftlichen Interessen fördern und sichern. Wenn man von sehr weit hergekommen ist, dann kann man sich vielleicht täuschen lassen. Aber wenn man ein wenig Fähigkeit besitzt, sich vor Verblüffungen zu hüten, dann muß man durch alle Verschleierungen hindurch erkennen, daß dasjenige, was im politischen Leben aufeinanderprallt, die wirtschaftlichen Klassengegensätze sind.

Und dieses wichtigste Gebiet, auf welchem die großen Kämpfe der Gegenwart ausgefochten, auf welchem den Dingen die Formen gegeben, wirtschaftlichen Herrschaften Stützen und Sicherungen besorgt, auf welchem das Ausbeutungswesen als Rechtsinstitution eingerichtet wird, sollen die Eisenbahner um Gotteswillen nicht betreten, sie sollen sich davon ferne halten wie der Teufel von Golgatha!

Wie um alle Welt wollen denn die Eisenbahner ihre Lage verbessern, wenn sie nicht dem Kapitalismus zuleibe gehen, wo es nur möglich ist, ihm eben anzukommen?

Erst unser persönliches Wohl, unser Familienwohl — ja, gewiß! Es ist sogar sehr löblich, wenn man das einmal eingesteht und sich nicht hinter allerlei wurmstichige Ideale verschanzt. Aber dann auch heraus mit der Sprache: Wie soll denn dieses vorderhand noch nicht vorhandene Wohl erreicht, wie soll es gesichert werden? Wie denn, wenn man vor der Politik das dreifache Kreuz schlägt und davonläuft? Der Eisenbahner soll in allen Sachen unpolitisch vorgehen, auch wenn es sich um die Verteuerung der wichtigsten Sachen seiner Lebenshaltung handelt! Ja, sind denn die Ursachen der Teuerung keine politischen? Freilich erschallt es von allen Seiten: wirtschaftliche Ursachen! Aber das ist es ja eben, daß sich das wirtschaftliche vom politischen nicht trennen läßt. Die Agrarier stehen wohl der Politik ferne? Handelsverträge und Zolltarife sind wohl keine politischen Dinge? Ach ja, das ist alles Politik; die ganze Gesetzgebung ist wirtschaftlicher Interessenschutz der Mächtigen und Mächtigeren. Aber dieses Gebiet sollen die Eisenbahner nur auch fernerhin den Mächtigen überlassen. Warum, zum Teufel?

Die da politische Kastration fordern, schlagen sich ja selbst mit dem Worte, das sie sprechen und schreiben. Die Komödie währt wirklich schon zu lange. Endlich einmal muß es klipp und klar ausgesprochen werden: Wer den Eiertanz um die Politik herumtanzen will, dem muß der Standpunkt klar gemacht werden. Es ist ja schon beschämend für die Eisenbahner, daß Leute Führerrolle beanspruchen, die noch nicht einmal das ABC dessen erlernt haben, was sie lehren wollen. Jeder normale Mensch begreift es, daß die Frage der materiellen Lage der Eisenbahner eine soziale Frage ist, ein Teil der allgemeinen großen sozialen Frage. Und von demjenigen, der darin mitreden will, darf man füglich verlangen, daß er davon auch etwas verstehe, also vor allem lerne. Die Ignoranz ist von geringer Bedeutung, wenn sie hinter dem Ofen hockt, aber wenn sie sich auf das hohe Roß setzen will, wird sie zur Verbrecherin.

Terrorismus.

Es ist nicht bloß Gepflogenheit der kapitalistischen Presse, den Sozialdemokraten und den „freien" Gewerkschaften ungezügelten Terrorismus vorzuwerfen; derlei Beschuldigungen werden sogar auch von den Geistlichen und christlichen Gewerkschaften beider Konfessionen bezw. der Klerikalen gegen sie erhoben. Damit will man glauben machen, als bestände in den Reihen der Kapitalisten und der christlichen Welt gar kein Terrorismus. Daß dem nicht so ist, kann jeden Tag mit neuen Belegen nachgewiesen werden.

Ein neuer Beweis, wie mitunter Kapitalismus und Klerikalismus in holdem Verein den schmählichsten Arbeiter- und Seelenterrorismus betreiben, ist ein Vorkommnis, das sich in neuester Zeit im Saargebiet zugetragen hat.

Ein Bäckergeselle in Landsweiler bei Saarbrücken war so vermessen, die Broschüre: Saarabien vor Gericht an einige Bergleute seines Ortes zu verteilen. Der Bäckermeister ließ seinen Gesellen, mit dem er sehr zufrieden war, ruhig gewähren. Plötzlich wurde er schwer krank und verlangte die Sterbesakramente. Bevor er diese erhielt, forderte ihn der Geistliche auf, seinen sozialdemokratischen Gesellen zu entlassen, was der Meister verweigerte, da er einen zuverlässigeren Gesellen nicht finden könne. Nun kam der Druck auch von anderer Seite. Am 1. Dezember kam ein Bergbeamter und forderte ebenfalls die Entlassung des „sündigen" Gesellen, wieder vergebens. Unterdessen wurden zwei andere Bäckermeister, deren Gesellen mit dem oben erwähnten Sünder verkehrten, aufgefordert, zum Bergrat L. zu kommen, der ihnen eröffnete, entweder ihre Gesellen zu entlassen oder auf die Grubenkundschaft zu verzichten; der Landrat von Ottweiler habe in einem Schreiben die Namen der betreffenden Gesellen mitgeteilt.

Nach kurzer Zeit kamen wieder zwei Bergbeamte zu dem im Sterben liegenden Meister und drohten, falls der Geselle nicht entlassen würde, habe er sich den Rückgang seines Geschäfts selbst zuzuschreiben. Der eine der Beamten, ein Steiger und Vorstand des Waffenbrüdervereins, erklärte der Frau des sterbenden Meisters, wenn sie den Gesellen nicht fortschicke, werde ihr Mann aus dem Waffenbrüderverein ausgeschlossen. Sie müsse doch bedenken, daß, wenn ihr Mann sterbe, sie der 80 Mk. Sterbegeld verlustig ginge. Die Frau mußte wohl oder übel dem Gesellen kündigen. Bei dem einen der vier entlassenen Bäckergesellen beschlagnahmte die Polizei widerrechtlich 100 Broschüren Saarabien.

Der Vorgang ist ein klassisches Beispiel dafür, wie der Terrorismus gezüchtet wird. Dienen dann die Arbeiter mit gleicher Waffe, dann erhebt sich ein gar heuchlerisches Geschrei darüber, daß die Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht zur Terrorisierung Andersdenkender mißbrauchen. Im Saarrevier sind die Arbeiter noch lange nicht einig genug, um jemand terrorisieren zu können, aber wenn sie einmal so weit sein werden, dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn sie dieselbe Waffe anwenden, deren Gebrauch ihnen erst von den Herren gelehrt worden ist. Was nicht hindern wird, daß man dann auch im Saarrevier über sozialdemokratischen Terrorismus schreien wird. Wir sind keine Freunde solcher Waffen, aber die christlichen Erbpächter von Moral und Sitte haben das geringste Recht, den Arbeitern Vorwürfe zu machen, wenn sie den „Christen" nacheifern.

In welcher Stadt der Provinz Brandenburg zahlt man die niedrigsten Arbeitslöhne?

Ich behaupte, daß Dahme mit den niedrigsten Lohnsätzen voranmarschiert. Eine Schilderung der dortigen Verhältnisse wird den Leser in Staunen versetzen. Ein Zigarrenmacher, welcher imstande ist, 3000 Stück Zigarren wöchentlich einzurollen, verdient 9.50 bis 10 Mk. Dieser Lohn stellt sich folgendermaßen zusammen: Arbeitslohn für Zigarren mit Wickel zahlt man dort 6 Mk. pro Mille. Hat nun ein Zigarrenmacher 3000 Stück Zigarren die Woche eingerollt, dann bekommt er 18 Mk. am Sonnabend ausgezahlt; hiervon zieht ihm der Arbeitgeber 1.50 Mk. für Ripperlohn ab, dann bezahlt der Zigarrenmacher 6 Mk. bis 6.50 Mk. an seinen Wickelmacher Wochenlohn, und zum Schluß für sich und seinen Wickelmacher die Kranken und Invalidensteuer, so daß für ihn 9.50 bis 10 Mk. übrig bleiben.

Ferner wird die Lehrlingsausbeuterei von den dortigen Unternehmern engros betrieben; zu Dutzenden werden die Lehrlinge in einer Fabrik beschäftigt. Sie erhalten im ersten Halbjahr einen Wochenlohn von 1 Mk. bis 1.25 Mk. ohne jede weitere Entschädigung; im zweiten Halbjahr 1.50 bis 2 Mk. Hat der Lehrling das Einrollen einigermaßen begriffen, so wird er in Akkordlohn gestellt, nun erhält er für 2000 Stück Zigarren einrollen 2 Mk., und für jedes weitere Hundert 15 Pfg. In dieser Lage harrt er nun aus, bis er seine drei Jahre Lehrzeit vollendet hat, um dann den hohen Lohn von 9.50 Mk. bis 10 Mk. wöchentlich zu verdienen.

In diesem famosen Städtchen bestehen zwei Turnvereine, die dem Deutschen Turnerbund angehören und deren Mitglieder zumeist Zigarrenmacher sind. Feiert ein solcher Verein nun mal ein Fest, dann kann man die Dahmer Zigarrenmacher, weiß gekleidet, in Reih und Glied, stolz wie Spanier in den Straßen der Stadt einhermarschieren sehen. Auch besteht dort noch ein Gesangverein, der ebenfalls patriotischen Charakter trägt, dessen Mitgliederzahl wiederum aus den Mitgliedern der beiden Turnvereine zusammengesetzt ist; auch für diesen Verein bringt man Opfer. So ist die Vereinsmeierei in voller Blüte; man krankt dort am Vereinsdusel. Was wird aber für den Verband getan? Wenig oder gar nichts. Hier gäbe es ein großes Arbeitsfeld, um der Ausbeutung Einhalt zu bieten. Kollegen von Dahme! Fordert einmal den Lohntarif von Euren Nachbarstädten ein, vergleicht die darin enthaltenen Lohnsätze mit den Euren, dann werdet Ihr finden, daß Ihr in der Tat Eure Interessen vernachlässigt.

H. P.

Der verdammte Spielteufel.

Manches unschuldige Spiel und Vergnügen artet zur Unsitte, schädigend für den Geist und Körper des einzelnen Individuums wie ganzer Gesellschaftsklassen aus, wenn es in übermäßiger Weise betrieben und so förmlich zum Laster der Menschen wird.

Und wer hätte nicht schon gehört von den Opfern eines Monte Carlo, von wo die Tagespresse fast täglich von Selbstmorden der Unglücklichen zu melden weiß, die in der Verzweiflung über ihr Pech, das sie in der Spielhölle hatten, Hand an sich legten, um aus dem Leben zu scheiden, das ihnen zum Ueberdruß geworden war! Wem sind nicht die Spielerprozesse aus Berlin, Hannover und andern Städten noch in frischer Erinnerung, durch welche aufgedeckt wurde, wie der Spielteufel so manches junge Menschenleben ins Unglück gestürzt hat!

Doch hierbei handelte es sich stets nur um Angehörige der Kapitalistenklasse, und die gerichtliche Klarlegung der einzelnen Fälle zeigte uns die Fäulnis in den oberen Gesellschaftsschichten. Wenn es uns als Menschen auch nicht gleichgültig sein kann, das Laster selbst und seine Schrecken im Gefolge dort zu beobachten, so berührten uns derartige Fälle als Arbeiter sehr wenig. Aber anders verhält es sich damit, wenn man mit blutendem Herzen tagtäglich noch sehen muß, wie auch unter einer großen Zahl von Arbeitern, und zwar der schlechtestgestellten unter der Arbeiterschaft, der Spielteufel noch umgeht und tagtäglich seine Opfer fordert.

Hier sind es arme Teufel, die nicht mehr verdienen, um von der Hand in den Mund zu leben und sich eben kümmerlich durchzuschlagen vermögen, bei denen das Karten- und Würfelspiel zum Laster geworden ist und bei dem sie ihre letzten paar Mark vom verdienten Arbeitslohn oder ihre letzten paar Groschen, die gerade noch für Lebensmittel des nächsten Tages gereicht hätten, wenn sie arbeitslos sind, dem Spielteufel opfern und dann, der letzten Subsistenzmittel entblößt, mürrisch und ärgerlich, abgespannt aufs äußerste, von dannen schleichen!

Wer hätte nicht schon die Schornsteinfeger, wenn sie von morgens 3 Uhr bis nachmittags geschuftet, in Staub und Ruß, geschwärzt des Nachmittags in einem dunklen Winkel eines dumpfigen Lokals hocken gesehen, wie die übermüdeten Gestalten, mit Anspannung aller Nerven die verschlafenen Augen offenhaltend, über einen Tisch gebeugt, dicht gedrängt im Kreise stehen und mit einer Begierde dem Karten- oder Würfelspiel am Tische zusehen und sich daran mit einer Spannung beteiligen, daß man glauben könnte, es handle sich dabei um Leben und Tod eines Beteiligten.

Die Kellner, die 14 bis 16 Stunden tagsüber für einige Nickel Trinkgeld gerannt haben in dem großen Lokal, um die Gäste zu bedienen, sieht man nach Schluß der Wirtschaft das Lokal zusammenräumen, Biergläser zusammentragen und die Stühle und Tische zusammenstellen mit einer Hast, als wenn es im Akkord ginge. Der Uneingeweihte bemitleidet diese übermüdeten Leute, weil er glaubt, daß dieselben es jetzt so eilig haben, nur um möglichst schnell nach Hause ins Bett zu kommen, ihre müden Glieder auszuruhen. Wer aber die Gewohnheiten dieser Leute kennt, weiß, daß dann viele von ihnen, wenn sie mit größter Hast ihren Wirkungskreis verlassen haben, um die Ecke einer stillen Straße biegen, durch eine Hintertür in ein halbdunkles, dumpfes Lokal hineinschlüpfen und dort dem Spielteufel bis in die frühe Morgenstunde frönen, dann aufs höchste ermattet, ärgerlich und mürrisch über ihre Verluste der letzten Nacht, nach einigen Stunden unruhigen Schlafs wieder sich aufraffen und ihren Dienst in der Tretmühle alltäglichen Lebens, in Bierdunst und Tabaksqualm, wieder rein mechanisch verrichten.

Ebenso ergeht es den Schlachtern, nur mit dem Unterschiede, daß dieselben die Stunden, in welchen sie sich dem Spiellaster ganz ergeben, wegen der Eigentümlichkeiten ihres Berufs auf eine andre Tageszeit verlegen. Nicht zu vergessen aber die Bäcker, welche wohl das größte Kontingent von allen Berufen an dem Spieltisch stellen, bei welchen das den Geist und Körper zerrüttende Laster die größte Ausbreitung gefunden hat. Sie, die ebenso wie ihre Leidensgenossen aus den obenerwähnten Berufen so nötig hätten, sofort nach vollendeter Arbeit sich am ganzen Körper gründlich zu baden und zu waschen, dann aber sofort ihre dumpfen, übermäßig erhitzten und mehlstaubgeschwängerten Arbeitsräume zu verlassen und sich eine oder einige Stunden täglich in frischer Luft zu baden bei längerem Spaziergang, haben kaum ihre Bude verlassen, so schwingen sie sich auf die Straßenbahn oder Omnibus, um nur möglichst schnell ihr Verkehrslokal zu erreichen. Hier angekommen, werden einige Worte mit dem Wirt und den anwesenden Kollegen zur Begrüßung gewechselt und dann setzen sie sich um den Tisch, einer holt die Karten hervor — eine Zeitung zum Lesen verlangen sie gar nicht erst, wissen sie doch, daß sie schon nach einigen Minuten dabei einschlafen würden — und nun wird ein Unterhaltungsspiel begonnen. Aber nicht lange dauert es und schon ruft einer, „das ist zu langweilig, dabei schläft man ja ein". Betreffender wirft dem Wirt einen verständnisvollen Blick zu und fordert seine Kollegen auf, etwas „Interessantes" zu spielen. Einige Augenblicke und die ganze Gesellschaft ist sich einig und besetzt einen Tisch in einem dunklen Winkel der Kneipe, oder — was ihnen noch angenehmer — der Wirt öffnet die Türe eines Nebenraumes, zieht vorsichtig die Vorhänge der nach der Straße gelegenen Fenster zusammen und nun geht es am Tische los. Der Bankhalter mischt seine Karten, erst nur Einsätze von 50 Pfg., bald aber folgen auch Verdoppelungen, und Einsätze von 5 Mk. und höher sind keine Seltenheit.

Gewerkschaftliches.

Braunichswalde (S.-A.). Infolge Aussperrung einiger Mitglieder wird ersucht, den Zuzug fernzuhalten.

Bredereiche (Kreis Templin). Bei der Firma Maaß hierselbst bestehen Lohndifferenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Birnbaum. Der Zuzug nach hier ist streng fernzuhalten, indem bei der Firma Carl Mathei Streik ausgebrochen ist.

Halberstadt. Der Zuzug ist fernzuhalten, da alle Tabakarbeiter ausgesperrt sind.

Mühlhausen i. Th. Achtung! Die Sortierer der Firma Bruhns u. Kumm befinden sich im Ausstand. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Schönlanke. Da bei der Firma S. M. Eppenstein u. Söhne sämtliche Arbeiter in Ausstand getreten sind, wird gebeten, den Zuzug streng fernzuhalten.

Templin. Ueber die Firma C. Stemmwedel ist die Sperre verhängt; vor Zuzug wird gewarnt.

Arbeitersekretär gesucht. Für das am 1. April 1905 ins Leben tretende Arbeitersekretariat in Chemnitz wird ein Arbeitersekretär gesucht. Verlangt wird von ihm, daß er mit der Gewerkschaftsbewegung, dem bürgerlichen und sozialen Recht vertraut, auch rednerisch nicht unbefähigt ist. Die Bewerbungen sind an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, Genossen Paul Wagener, Chemnitz-Gablenz, Bernhardstraße 61, II, baldigst zu richten.

Arbeitslosenzählung in Braunschweig. Auf Veranlassung des Gewerkschaftskartells findet Mitte Februar eine Arbeitslosenzählung statt. Von den Gewerkschaftsorganisationen werden zu den Arbeiten 600 Mann zur Verfügung gestellt.

Frankfurter Sozialpolitik. In Frankfurt a. M. wurden am Weihnachtsabend über hundert städtische Tagelöhner entlassen und weitere hundert sollen nach Neujahr entlassen werden. Man will bei Straßenarbeiten 3—4000 Mk. ersparen. Für ein Hochzeitsgeschenk an den Kronprinzen bewilligte die Stadt 15 000 Mk. Da wird man noch viel Tagelöhner entlassen müssen, um das wieder einzusparen.

Abwiegelung? Die Abschaffung des Maifestzuges wurde in einer Vertretersitzung der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts beschlossen. In der Septembersitzung war nach einer Auseinandersetzung über diese Frage den Gewerkschaften aufgegeben worden, sich schlüssig zu werden, ob künftig an der Abhaltung des Maifestumzuges festgehalten werden sollte, trotzdem sich die Beteiligung jährlich vermindere. Ueber die Stellungnahme der Gewerkschaften hierzu erstatteten nunmehr die Delegierten Bericht. Danach haben sich die Brauer, Holzarbeiter, Schneider und Schuhmacher für Beibehaltung des Maifestumzuges ausgesprochen. Für Beseitigung desselben erklärten sich entschieden die Bildhauer, Buchbinder, Buchdrucker, Chemigraphen, Glaser, Graveure, Handschuhmacher, Hutmacher, Lithographen, Maler, Metallarbeiter, Portefeuiller, Sattler, Steindrucker, Textilarbeiter. Die Handels- und Transportarbeiter, Müller, Steinhauer, Tapezierer, Xylographen und Zimmerer haben bisher noch keine Stellung genommen; die übrigen Gewerkschaften waren unvertreten. In namentlicher Abstimmung wurde sodann mit 34 gegen 20 Stimmen der Antrag des Vorstandes, den Maifestzug künftig in Fortfall kommen zu lassen, zum Beschluß erhoben.

Ehrlosigkeit des Indifferentismus. Ein Gefühl des Ekels muß jeden Arbeiter, dem noch nicht das letzte Fünkchen von Ehrgefühl geschwunden ist, beschleichen, wenn er folgendes Schreiben liest, das von einer Anzahl Arbeiter der Rizzibrauerei in Kulmbach an die Direktion dieses Unternehmens gerichtet wurde:

Bitte und Meinung unterzeichneter Arbeiter.

Durch die stets teurer werdenden Lebensmittel haben sich viele unsrer Mitarbeiter zu organisieren entschlossen. Um dieses Verfahren in unsrer Brauerei aber nicht nötig erscheinen zu lassen, richten wir mit Rücksicht auf unsre Lebenslage an unsre verehrliche Direktion die ergebene Bitte, unser Einkommen den jetzigen Verhältnissen entsprechend gütigst verbessern zu wollen. Auch hat sich bei vielen die Meinung offenbart, die verehrliche Direktion möge die Güte haben, uns dazu behilflich zu sein, eine Krankenunterstützungs- und Sparkasse zu gründen, damit wir betreffs Krankenunterstützung auf die Organisation verzichten und die durch dieselbe entstehenden Unannehmlichkeiten vermeiden können.

(Folgen die Unterschriften von 24 Arbeitern.)

Die Brauereiarbeiter hatten lange Jahre unter den elendesten Arbeitsbedingungen zu leiden; die Unternehmer, reaktionär bis auf die Knochen, lehnten jedwede Verbesserung solange ab, bis der Brauereiarbeiterverband eine große Bresche in den Indifferentismus der Arbeiterschaft gelegt hatte. Nun kommt diese feige, hinterlistige Denunziantengesellschaft und winselt vor den Füßen der Unternehmer um geneigtes Gehör und um die — üblichen Tritte, die ihnen wohl auch nicht vorenthalten werden dürften.

Zur Gründung katholischer Arbeitervereine auch auf dem Lande fordert die Zentrumspresse auf. Alle Geistlichen, die in den Großstädten längere Zeit wirkten, hätten die traurige Erfahrung machen müssen, daß gerade die Arbeiter am leichtesten der Sozialdemokratie anheimfallen, die frisch vom Lande in die Stadt ziehen. Sei einmal ein Arbeiter Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins, dann sei er der Kirche und der Religion so gut wie verloren. Anders sei es, wenn ein solcher Arbeiter schon Mitglied eines katholischen Arbeitervereins sei; dann wisse er auch in der Großstadt, wo er Freunde und Kollegen finde, die sich seiner annähmen; er kenne schon die Fallstricke der Sozialdemokratie. — Was hier gesagt wird, stimmt zwar nicht ganz mit den Erfahrungen überein, die wir Sozialdemokraten gemacht haben. So haben z. B. die vom Lande kommenden Arbeiter bisher immer als gefährliche Lohndrücker gegolten. Daß die katholischen Arbeitervereine keinen dauernden Schutz gegen das Vordringen der Sozialdemokratie gewähren, wird das Zentrum noch früh genug einsehen. Aehnliche Hoffnungen hat man ja früher auch auf die katholischen Gesellenvereine gesetzt und schließlich hat man dann eingestehen müssen, daß gerade in diesen Organisationen sehr fleißig Propaganda für die „sozialdemokratischen" Gewerkschaften gemacht wird.

Die Werkstättenarbeiter der ungarischen Eisenbahnen hielten eine Landeskonferenz in Budapest ab. 108 Delegierte waren erschienen (aus 24 Orten), einige sind durch Einschüchterung der Behörde an der Reise verhindert, die Delegierten von Szolnok sogar aus dem Dienste entlassen worden! Es referierte Izor Farkas, ein Parteigenosse, der vor einigen Wochen gemaßregelt worden ist, nachdem er neun Jahre lang in der Budapest-nördlichen Eisenbahnwerkstätte angestellt gewesen war. Die zur Konferenz geladenen Abgeordneten entschuldigten ihr Fernbleiben, dagegen ließ sich die Direktion der Staatsbahnen durch zwei Beamte vertreten! Von den Forderungen, die gestellt wurden, sind hervorzuheben: Abschaffung der Akkordarbeit, Lohntarif, Minimaltagelohn von 4 Kronen für gelernte Arbeiter, neunstündige Arbeitszeit, Sonntagsruhe event. 5 Proz. Lohnzuschlag, Koalitionsrecht, Altersversorgung, Unfallversicherung, Krankenunterstützung.

Der dritte ungarische Gewerkschaftskongreß wurde am ersten und zweiten Weihnachtsfeiertage in Budapest abgehalten. 104 Delegierte vertraten 32 Organisationen mit mehr als 50 000 Organisierten. Angesichts der sich immer stärker und fester zusammenschweißenden Unternehmer-Kartelle beschloß der Kongreß, zur Erhöhung der Widerstandskraft der Gewerkschaften den Zusammenschluß von Arbeiterorganisationen verwandter Berufe zu größeren Verbänden zu fördern. Man will Arbeitslosen- und Reiseunterstützung allgemein einführen usw. In einer Resolution forderte der Kongreß Zuweisung der Arbeitsvermittlung an die Genossenschaften.

Sonderbare Gewerkschaftsführer. Ueber die Gewerkschaftsführer in Amerika sind in den deutschen Gewerkschaftsblättern verschiedentlich lebhafte Klagen laut geworden. Im Stukkateur, dem Fachblatt des Stukkateurverbandes, haben mehrere nach Amerika ausgewanderte Verbandsmitglieder ihren Unwillen geäußert über die Korrumpiertheit, die sie bei den einzelnen Führern beobachtet haben und wie sie ihre Stellung dazu ausnutzen, sich von den Gewerkschaftsmitgliedern und namentlich von den ausländischen „schmieren" zu lassen. Jetzt wird bekannt, daß der Präsident der Neuyorker Bauarbeiterorganisation, Philipp Weinheimer, ein geborener Deutscher, seine Stellung dazu benutzt hat, den Unternehmern unter Androhung des Streiks oder der Sperre hohe Summen abzupressen. Die Geschichte kam ans Tageslicht. Weinheimer kam vor die Geschworenenbank und wurde zu zwei Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in Oesterreich hat im letzten Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Nach der Statistik der österreichischen Gewerkschaftskommission gehörten Arbeiterinnen den Berufsgewerkschaften an

Jahr	Zahl	Zunahme + oder Abnahme —	Von 1000 Organisierten waren weiblich
1899 . .	5556	—	47
1901 . .	5378	— 178	45
1902 . .	5888	+ 510	43
1903 . .	9519	+ 3651	61

Außer in den Berufsgewerkschaften sind noch in den Allgemeinen Gewerkschaften und Bildungsvereinen Arbeiterinnen organisiert. Ihre Zahl beträgt 2544, so daß im ganzen in Oesterreich 12 063 Frauen modernen Arbeiterorganisationen angehören. Nur zwei Arbeiterinnenkategorien weisen über 1000 Organisierte auf: die Textilarbeiterinnen mit 2147 und die Tabakarbeiterinnen mit 2083. Es sind ferner organisiert von den Buchdruckereihilfsarbeiterinnen 944, Heimarbeiterinnen 714, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterinnen 521, Zeitungsarbeiterinnen 450, Papierarbeiterinnen 450, Buchbindereiarbeiterinnen 388, Lohnarbeiterinnen verschiedener Art 381, Schneiderinnen 347, Hutarbeiterinnen 303, Schuhmacherinnen 263, Glasarbeiterinnen 258, Metallarbeiterinnen 211, Bergarbeiterinnen 146, Handlungsgehilfinnen 140, Arbeiterinnen im Schiffbau 102, Bauarbeiterinnen 89 und Holzarbeiterinnen 79. Bemerkenswert ist, daß wie in Deutschland das Schneidergewerbe nur eine geringe Zahl von gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen aufweist, obgleich gerade hier die Frauenarbeit eine große, ausschlaggebende Rolle spielt. In dem Umstand gelangen die Schwierigkeiten zum Ausdruck, welche die Heimarbeit für die gewerkschaftliche Organisierung schafft.

Großh. Bad. Fabrikinspektion.

Lehrlingswesen in der Zigarrenindustrie betr.

Die in vielen Zigarrenfabriken üblichen **Lehrverträge** entsprechen durchweg den Bestimmungen des § 126 b der Gewerbeordnung in wichtigen Punkten nicht und sind insoweit rechtsungültig. Die ordnungswidrige Abschließung von Lehrverträgen ist durch § 150 Abs. 1 Ziff. 4 a der Gewerbeordnung mit Strafe bedroht. Abgesehen hiervon ist für die Abschließung von Lehrverträgen in dem Wesen der Zigarrenindustrie überhaupt eine Grundlage nicht gegeben. **Die Ausbedingung von Lohnverwirkung und Einbehaltung von Lohnbeträgen ist nur dann zulässig, wenn die Arbeitsordnung hierüber Bestimmungen enthält.** Die einbehaltenen Beträge dürfen die **Höhe eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht** übersteigen. (§§ 119 a Abs. 1, 134 Abs. 2, 134 b Abs. 1 Ziff. 4 und 5 der Gewerbeordnung.) Da ein Lehrverhältnis im Sinne des Gesetzes nicht besteht, so können auch die Ansprüche des „Lehrherrn" auf Verbleiben des „Lehrlings" (§ 127 d der Gewerbeordnung) nicht geltend gemacht werden.

Karlsruhe, den 21. Dezember 1904.

Bittmann.

Nr. 65 213. Vorstehendes bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Offenburg, den 23. Dezember 1904.

Großh. Bezirksamt.
Dr. Guth-Bender.

Berichte.

Köln. Nach berühmten Mustern hat kürzlich die Tabak- und Zigarrenfabrik Foveaux an der Karthäusergasse ihre Arbeiter dafür belohnt, daß sie sich der Organisation gegenüber gleichgültig verhalten. Vom Tabakarbeiterverband waren Fabrikbesprechungen veranstaltet worden. Diejenige für Foveaux verlief aber ergebnislos, da außer drei Angebern niemand aus der Fabrik erschienen war. Als Belohnung für diese Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen ihre eignen Interessen hat darauf die Firma der Betriebskrankenkasse 200 Mk. überwiesen, eine Summe, die sie an dem Indifferentismus der Arbeiter zehnmal wieder herausschlägt. Ein feines Geschäft. Diese Firma beschäftigt in der Zigarrenfabrikation ausschließlich weibliche Personen — von wegen der Billigkeit — und ist bekannt wegen ihres harten Strafsystems. Die Organisation der Tabakarbeiter verzagt nicht, daß es ihr dennoch gelingen wird, die Fabrik zu gewinnen. Der gesunde Verstand muß auch hier siegen.

Schönlanke. Der Streik der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von der Firma P. M. Eppenstein Söhne, Schönlanke, ist noch immer unverändert. Am 27. v. M. wurde die Kommission wieder vorstellig beim Chef. Derselbe bewilligte nach 2½stündiger Verhandlung noch auf einige Fassons. Aber auf die geringste Arbeit für Wickelmacher (Land) will sich der Chef noch immer nicht verstehen, indem er der Kommission gegenüber erklärte, auf keinen Fall die Forderung 1.75 Mk. zu bewilligen. Weil es sich um die geringste Arbeit handelt, so könne er nur 1.50 Mk. für die Wickel bezahlen. Die Kommission erwiderte hierauf dem Chef, daß die Wickelmacher auf ihrer Forderung bestehen und keine Wickel mehr für 1.50 Mk. pro Mille machen. Herr Eppenstein meinte hierzu: „wenn nicht, dann nicht, ich habe noch Zeit".

Kollegen, unsre Meinung ist die, wenn unser Fabrikant noch Zeit hat, so haben auch wir noch Zeit und werden im neuen Jahre mit neuem Mut unsre Sache hochhalten und der Zukunft mit Zuversicht entgegensehen. Unterstützt uns nur in unserem gerechten Kampfe. Alle Briefe und Geldsendungen sind zu richten an Hugo Wollermann, Wilhelmstraße 23.

Freiburg i. B. Folgende Lobeshymne über die bekannte Firma Schindler, Zigarrenfabrik in Herbolzheim geht durch die Presse:

„Ein schönes Weihnachtsgeschenk überreichte die Firma Arnold Schindler, G. m. b. H., Zigarrenfabriken in Herbolzheim, ihren Arbeitern, indem sie anläßlich ihres 50jährigen Bestehens 25 000 Mk. an diejenigen Arbeiter zur Verteilung brachte, welche über zehn Jahre im Geschäfte tätig sind. Außerdem haben die beiden Mitinhaberinnen der Firma, Frau Karl Schindler Wwe. und Frau Hugo Schindler Wwe. zum Andenken an ihre verstorbenen Gatten ein Kapital von 75 000 Mk. gestiftet, dessen Zinsen verwendet werden sollen 1. zur Unterstützung an Arbeiter, die unverschuldet in Not geraten sind, 2. zur Förderung von Wohlfahrtseinrichtungen, 3. zur Gewährung von Prämien an Arbeiterinnen, die eine Koch- und Haushaltungsschule besuchen."

Hierzu sei bemerkt, daß die Millionärsfirma Schindler infolge der von ihr gezahlten niedrigen Löhne imstande ist, die in der Zigarrenindustrie gefürchtete und verfluchte Schleuderkonkurrenz zu betreiben; sie verkauft Zigarren schon für 15 und 16 Mk. pro Mille. Für Wickelmachen zahlt die Firma 13 und 14 Pfg., für Zigarrenmachen 24, 26 und 28 Pfg. pro Hundert in manchen Filialen. Bei solcher Ausnutzung der Arbeitskräfte ist es leicht möglich, Millionen für die Besitzer herauszuschlagen, zumal sie in 25 bis 30 Fabriken Tausende von Arbeitern beschäftigen. Gegenüber diesen Tatsachen ist die hochgepriesene Gabe ein Scherflein, das freilich den schlecht gelohnten Arbeitern in ihrer Not willkommen sein muß. Aber zu einer Lobeshymne dafür liegt kein Anlaß vor. Empfinden die Geber eine innere Genugtuung über ihre Gabe, so gönnen wir sie ihnen von Herzen; geizen sie aber nach öffentlicher Anerkennung, dann gebührt sich's, zu sagen, daß sie erst durch die Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter zu diesen Mitteln und zu der Gabe gekommen sind.

Ein junges, schmächtiges Kerlchen hat zu Anfang Glück gehabt und 20 Mk. gewonnen, jetzt setzt er, wie von der Natter gestochen und läßt keine Miene von den Karten ab; aber das Glück hat ihn verlassen, schon ist der Gewinn wieder zum Teufel und jetzt holt er sein letztes Zehnmarkstück aus der Tasche; er will wechseln, aber da zuckt es in seinem Gesicht und — er ruft „10 Mk. auf die 7". — Im Augenblick sind sie weg; er greift noch einmal in die Tasche, aber — findet nichts mehr. Jetzt borgt er sich von seinem Nebenmann noch einen Taler! Das Kerlchen ist heute wie besessen! — Die Sache wird jetzt interessant! Mehrere der Umstehenden rücken jetzt die Stühle heran, stellen sich auf diese und beugen sich über die um den Tisch Stehenden hinweg, um besser alles übersehen zu können. Kein Laut ist zu vernehmen und die Augen eines jeden bohren sich in die Karten in den Händen des Bankhalters. Dem vorhin erwähnten jungen Mann rinnen die Schweißtropfen von der Stirn, als er den gepumpten Taler mit zitternden Händen setzt. Da fallen die Karten und der Bankhalter streicht auch diesen Taler ein. —

Da, ein wilder Fluch des Verlierenden, über welchen die ganze Gesellschaft in schrilles Lachen ausbricht. Wütend hierüber verläßt er das Zimmer und stürmt hinaus.

Dem Wirt scheint die Sache nicht mehr geheuer und mit Gewalt macht er nun dem verbotenen Spiel ein Ende. — Schmunzelnd drückt sich der Bankhalter in eine stille Ecke und zählt seinen Rebbach. In der Zeit, wo dieser, der schon jahrlang nicht mehr arbeitet und sich bloß vom Spielen ernährt, darüber nachdenkt, wo er sich des Abends noch amüsieren kann, stürmen die andern, in ihrer Barschaft bedeutend erleichtert, zu Hause an die Arbeit, und schon schweißtriefend von der Ueberreizung beim Spiel, mit glanzlosen, blöden Augen vor sich hinstarrend, beginnen sie die Arbeit. Jeder hastet darauf los, kein Wort wird dabei gewechselt, und man sieht nichts als verdrießliche Gesichter. Da, nach einigen Stunden angestrengter Arbeit unter tiefstem Schweigen löst sich bei einem die Zunge und nun kommt die Unterhaltung in Fluß, aber nur um das Spiel und nur um das Spiel dreht sich dieselbe, und endlich ist bei allen der Entschluß gefaßt: „Nun einige Wochen tüchtig gespart und nicht aus dem Hause gehen, um dann den Versuch zu unternehmen, das Verlorene beim Spiel wieder zu holen!" So geht die eintönige Arbeit bei derselben Unterhaltung unter Fluchen und Schimpfen weiter, währenddessen sich unser Bankhalter von gestern mit „noblen Damen" amüsiert. Der versteht sein Geschäft, und falls er über etwas nachdenkt, dann nur darüber, ob er morgen wieder einige Dumme von solchem Schlag wie gestern mit gespickten Kassen findet, und er wird sie finden!

Diese Krebsschäden in unsern Reihen auszumerzen, ist eine schwere und oft sehr undankbare Aufgabe, nichtsdestoweniger ist es aber unsre heiligste Pflicht, auch an sie uns heranzuwagen und durch Bildung und Aufklärung gegen das Laster und seine unheimlichen Folgen anzukämpfen! Nicht mit Leuten, die durch dieses Laster mit grenzenloser Lethargie und Vernachlässigung aller ihrer Interessen stumpf dahinbrüten, ist es uns möglich, unsre hehren Ziele zu erreichen, sondern nur mit solchen, die davon befreit sind, klar denkenden und überzeugten Mitgliedern.

Deshalb Kampf dem Spielteufel durch Bildung und Belehrung unsrer Mitglieder; aber noch schärferen Kampf, auch wenn nötig, durch Polizei und Gericht, den gewerbsmäßigen Spielern, die unsern Kollegen im Spiel die sauer verdienten Groschen abgaunern wollen!

(Bäckerzeitung.)